

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 25. April 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Handbemerkungen

Wie Betriebsräte wahlen haben diesmal in Deutschland einen stärkeren Kampf denn je ausgelöst. Einmal, weil die RGO. nach dem Mißerfolg der vorletzten Wahlperiode Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt hat und der Kampf um die Machtstellung in den Betrieben für die Kommunisten zum Teil eine Lebensfrage geworden ist. Wenngleich sich noch ein Teil der Wahlen bis in den Monat Mai hineinzieht, läßt sich jetzt doch schon mit Sicherheit sagen, daß auch diesmal der Angriff der kommunistischen Stoßtruppen fast auf der ganzen Linie abgeschlagen ist. Wohl gelang ihnen an manchen Stellen in Rheinland-Westfalen, besonders in den Bergwerken, mancher Einbruch. Bei der Gesamtzusammenstellung wird sich aber wieder dasselbe Bild ergeben wie im Vorjahr und die „Rote Fahne“ wird erneut feststellen, daß das Siegesgeschrei, das sie bereits seit Wochen angestimmt hat, nicht nur verflücht, sondern auch verfehlt gewesen ist. So hat man wieder „neue Parolen“ zu erwarten. Aber der Kampf in diesem Jahre war auch deswegen bedeutungsvoll, weil die Nationalsozialisten erstmalig auf den Plan traten mit ihren Kandidaten. Natürlich haben in manchen Betrieben die „Wirtschaftsfriedlichen“ sich auch wieder reichlich Mühe gegeben. Dazu kam nun noch die weltanschauliche Verschiedenartigkeit der Christlichen und Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften gegenüber unseren freien Gewerkschaftsorganisationen. Wir haben in zahlreichen Artikeln und in einer Fülle von Einzelmateriale nach Kräften den Kampf unserer Kollegen unterstützt. Im ganzen gesehen haben wir bei den Betriebsrätewahlen recht gut abgeschnitten, wenn man bedenkt, daß die ungeheure Breite und Mannigfaltigkeit der Angriffsfreont, vor allen Dingen aber auch die hemmungslose und skrupellose Art des Angriffs unserer Gegner im Kampf eine große Rolle gespielt hat. Bei Abschluß der Wahlen werden wir eine Gesamtübersicht unseren Kollegen unterbreiten.

* * *

Die gewaltige Demonstration gegen das Volksbegehren des Stahlhelm im Berliner Sportpalast brachte eine eindrucksvolle Rede des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, der insbesondere den zehntausend Zuhörern zum Bewußtsein brachte, daß die Sozialdemokraten weder im preußischen Ministerium noch im Preussischen Landtage jemals die Mehrheit hatten (von der Reichsregierung ganz zu schweigen), so daß das Gerücht von der „marxistischen“ Regierung nichts als ein Schlagwort ist. „Kampf gegen den Marxismus“ heißt eigentlich Kampf für den Kapitalismus! Das sollte sich jeder Arbeiter recht klar machen, dann wird er ganz bestimmt nicht für das Volksbegehren eintreten. Aber auch die Rede von Fritz Carnow erwies klar, daß bei der Eroberung Preußens durch die Rechtsparteien die gewerkschaftliche Freiheit nicht nur stark gefährdet wäre, sondern auch der Lohnabbau noch ganz andere Dimensionen annehmen würde. Die Herren möchten sowohl die Tarifverträge als auch das ganze Schlichtungswesen zerschlagen, um wieder nach Willkür die Profiteure erweitern zu können. So handelt es sich also nicht um ein Volksbegehren, sondern um das Begehren der kapitalistischen Klasse, die preussische Machtstellung zu erobern. Daß die Nationalsozialisten die gleiche Parole ausgegeben haben, kennzeichnet ihr inniges Verhältnis zum Kapital, wobei man allerdings unter-

scheiden muß zwischen den Hitler-Goebbels-Leuten einerseits und einem erheblichen Teil irreführender Mitläufer, die noch nicht klar erkennen, worum sich der Kampf dreht. Ihnen muß man beikommen durch systematische Aufklärung auf der ganzen Linie.

* * *

Inzwischen ist nun auch die Wahl der Groß-Berliner Bürgermeister erfolgt. Der Oberbürgermeister Sahm, früherer Präsident von Danzig, ist unserer Organisation nicht ganz unbekannt. Als der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Jahre 1919 die Richtlinien für Tarifverträge aufstellte, war es der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Sahm, der sich dafür einsetzte. Man muß sich dabei allerdings in Erinnerung bringen, daß damals die Macht der Arbeiterklasse noch stärker war, als das heute der Fall ist. Auch Dr. Elsas, der zum Bürgermeister gewählt wurde, ist uns bekannt durch seine frühere Teilnahme an Sitzungen unserer Tarifinstanzen. Wir dürfen wohl von ihm erhoffen, daß er mit einem gewissen Verständnis die Schwierigkeiten auszugleichen sucht, die gegenwärtig in den wichtigsten Lebensfragen der Arbeiterschaft vorhanden sind. Der Bürgermeister Lange ist seit Jahrzehnten Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Er hatte als Syndikus die Personalpolitik der Beamten in Händen. Voraussichtlich dürfte das auch wieder sein Ressort werden, nachdem der neugewählte Kammerer Asch, Frankfurt a. M., ebenfalls ein Sozialdemokrat, ihm die Bürde des Finanzverwalters abnimmt. Als unbesoldeter Stadtrat ist wieder unser Kollege Ortmann, Berlin, gewählt. Damit haben wir eine sachkundige Beratung auch an dieser entscheidenden Stelle. Wir wollen hoffen, daß nun in Berlin die Dinge sich etwas weniger dramatisch-unerfreulich zuspitzen, als das in den letzten Monaten der Fall war.

* * *

Die Gewerkschaften haben mit großer Freude die Umwälzung in Spanien zur Kenntnis genommen. König Alfons ist nach Paris abgedampft. Nach berühmtem Vorbilde hat er, wenn man den Zeitungen trauen darf, mehr denn 70 Millionen Mark rechtzeitig bei einer Bank in England sichergestellt. Zuerst schien es, als wenn der König eine Abdankung für sich und seine Familie unterschrieben habe. Nachträglich ist aber festgestellt, daß der gewesene König das Ergebnis der Cortes-Wahlen im Juni 1931 abwarten will, um seine Ansprüche auf den Thron wieder zu erneuern. Wir wollen hoffen, daß das spanische Volk in Einigkeit und Geschlossenheit die Republik so untermauert und fundamentiert, daß an eine Rückkehr des Königs nicht mehr gedacht werden kann. In dem jetzigen demokratisch-republikanischen Kabinett Zamora sitzen drei Sozialisten, darunter auch ein Gewerkschaftsführer als Arbeitsminister. Die Kommunisten haben in Spanien fast keinen Einfluß. Es bleibt zu hoffen, daß das spanische Volk unter allen Umständen gemeinsam sich eine neue Verfassung gibt. In dem vorliegenden Entwurf der Regierung wird im Artikel 4 auch der Grundsatz der modernen Rechtsauffassung anerkannt, nämlich die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften, die als Grundlage des neuen sozialen Rechts angesehen werden muß.

E. D.

Und trotzdem vorwärts

II.

(Schluß.)

Hatten wir im ersten Teil des Werkes hauptsächlich die theoretischen Darlegungen von Ford mit einigen praktischen Unterlagen klargestellt, so schildert er im elften Kapitel die gewaltige Umstellung seiner Produktion, die bekanntlich weite Kreise der Unternehmerschaft, aber auch der Arbeiter beunruhigte. Diesfach wurde damals vorausgesagt, daß Ford am Ende seines Lateins angelangt sei. Statt dessen hören wir nun, daß Ford diese Umstellung, verbunden mit der Ueberführung einer Riesenfabrik an einen anderen Ort in der Hauptsache durchgeführt hat, einmal, um den Produktionsprozeß noch mehr zu vereinfachen, zum anderen, um die Produktion weiterhin steigern zu können. Dieses Kapitel ist besonders für unsere Kollegen, soweit sie Kraftfahrer sind, oder mit Reparaturen von Lastkraftwagen usw. zu tun haben, von besonderem Interesse, weil eindringlich geschildert wird, wie die Entwicklung der Produktion mit einem neuen Modell und an einem neuen Ort vor sich geht. Auch hier kommt Ford zu besonderen Thesen, in denen er der Meinung Ausdruck gibt, daß die Umstellung des Erzeugnisses zwar nicht leichtfertig und nicht aus Verkaufsgründen vorgenommen werden darf, sondern nur aus Erkenntnis der Zweckmäßigkeit und Verbesserung der neuen Maschinen. Ford schildert — und läßt dabei einen Arbeiter seiner Fabrik reden — wie die Umwälzung durch die Maschine für den einzelnen Arbeiter eine wesentliche Erleichterung in der Arbeitspraxis bedeutet. — Im fünfzehnten Kapitel wird die Geschichte von 199 Schiffen geschildert, die in der Nachkriegszeit von Ford der Regierung abgekauft wurden, um sie abzumracken und für die Produktion von Traktoren, Automobilen usw. zu verwenden. Diese eindringliche Schilderung ist in der Tat überaus interessant und soll die Zweckmäßigkeit für die Teilarbeit sowie die Verwendung von Alt- und Abfallmaterial für die Industrie beweisen.

Nun ist vielfach behauptet worden, die Fordsche Methode und seine Grundsätze des hohen Lohnes, der kurzen Arbeitszeit und der möglichst billigen Preisgestaltung der Produkte sei nur in Amerika möglich. Darum hat Ford in den letzten Jahren in zahlreichen Ländern im Ausland Fabriken eingerichtet. In mehreren Kapiteln wird die Einführung seiner Methoden im Ausland eindringlich und überzeugend geschildert. Seine These, daß man nicht um des Absatzes willen oder um Geschäfte zu machen, produzieren solle, sondern um Kulturbringend zu wirken, wird unsern Profitgierigen unter dem deutschen Unternehmertum wahrscheinlich etwas „spanisch“ vorkommen. Ford hat nicht nur in England und Frankreich, sondern auch in Deutschland (Berlin und Köln) besondere Fabriken eingerichtet, die gleichfalls einen hohen Lohn (in Deutschland das Doppelte des Tariflohnes gleicher Arbeit) der Arbeiterschaft gewährleistet. Auch in Rußland wird eine große Automobilfabrik von ihm eingerichtet. Es werden sowohl russische als auch amerikanische Arbeiter dazu verwendet. Eine besondere Schule für die Weiterentwicklung dieser Arbeit wird im Einvernehmen mit der Sowjetregierung eingerichtet. Das Ganze soll später der Sowjetrussischen Regierung überwiesen werden. Man kann nur seine Anerkennung aussprechen, daß die Sowjetregierung in diesem Falle sich nicht scheut, den größten Privatunternehmer für die russischen Verhältnisse zu Rate zu ziehen.

Ford kommt bei seinen Betrachtungen über die gesamte Arbeit im Ausland zu dem Resultat, daß zwar das amerikanische Schema beileibe nicht für die Einzelstaaten Europas angewandt werden könne, ebensowenig wie eine Normung des Lebens am Platze sei. Andererseits ist überall eine wesentliche Umgestaltung der Produktion im Sinne seiner Theorien möglich und notwendig. Ein Versuch, der insbesondere unsere Kollegen in Gemeindebetrieben interessiert, ist durch Ford gemacht, indem er in Dagenham (England) die ungeheuren Müllvorräte Londons zur Heizung verwendet und damit eine Fabrik in Gang bringt, die 15 000 Arbeiter beschäftigt und 1000 Autos pro Tag herzustellen vermag. Auch hier ist ein eigenes Kraftwerk mit 30 000 Kilowatt eingerichtet worden, dessen Heizmaterial in der Hauptsache das Müll Londons ist. In dieser Fabrik wird ein Pfund pro Tag

= 20 Mk. Minimallohn gezahlt und, obwohl die Fünf-Tage-Woche (40 Stunden) eingerichtet ist, werden sechs Tage, also 120 Mk. pro Woche an die Arbeiter gezahlt. Ford kommt in diesem Zusammenhang auch erneut auf die 40-Stunden-Woche zurück und weist darauf hin, daß zu einer Zeit, als „selbst Arbeiterführer und Sozialreformer von dem Achtstundentag noch mit verhaltenem Atem sprachen, und als ein gleichmäßiger, zur Erhaltung der Selbstachtung und der Unabhängigkeit ausreichender Minimallohn noch als ein unerreichbares Ideal betrachtet wurde, er schon auf Grund praktischer Erfahrung und Beobachtung erkannt hatte, daß hoher Lohn, kurze Arbeitszeit und einwandfreie Arbeitsbedingungen die beste und ergiebigste Kapitalinvestierung bedeuten“. Er schreibt weiter hierzu: „Die uns heute vorliegenden Bilanzbogen und Rechnungsabschlüsse sind praktische Beweise für dieses oberste Axiom der Ford-Industrie.“ — Es ist

Kaum daß Fabriken ihre Tore schließen..

In diesen ersten warmen Tagen —
Blauhimmel und schon weiche Sommerwolken drin —
zieht durch der Menschen Fußendumpfen Sinn —
ein freudevolles aufschwungvolles Wagen.
der alt erwachte Wandertrieb nach fernem Zielen.

Kaum daß Fabriken ihre Tore schließen,
Bureaus, Geschäfte sanften Feierabend geben:
kann auch der Ärmste seine Freiheit haben,
wenn er mit offenem Herzen unbedröffen
die Städte flieht und durch die Wälder zieht.

Die Welt ist schön und jede freie Stunde groß:
das tiefste Glück wohnt in der eigenen Brust
und nicht im Außen, wo die große Lust
von Ärm und Zingeltangel scheinlich hinlos
die knappen Stunden kurzer Freizeit frißt.

Kurt Dönnenburg.

methoden auszunutzen für die jüngere Generation. — Wir möchten aber doch noch eines der ausführlichsten Kapitel nicht ganz übergehen, das sich mit der Prohibition (Alkoholverbot) beschäftigt. Schon die Ueberschrift ist kennzeichnend für die Einstellung Fords: „Prohibition oder Armut?“. Ford stellt sonst keinerlei Bedingungen bei Einstellung von Arbeitern, auch nicht bezüglich der Zugehörigkeit zur Organisation, wie fälschlich oftmals behauptet wird. Er fordert aber die Enthaltung vom Alkohol, und begründet das sehr eingehend. Nach seiner Ueberzeugung ist das System der hohen Löhne und niedrigen Preise besonders entwickelt seit Einführung der Prohibition, weil mit dieser Maßnahme trotz aller Umgehungen (Alkoholschmuggel) „ein wesentlich größerer Wohlstand aufsprubelte“. Im Kernpunkt kommt Ford zu folgender Auffassung: „Unser heutiges industrielles System kann einfach nicht mit Alkohol arbeiten. Der leitende Beamte, der trinkt, kann seine Pläne nicht so entwerfen, daß hohe Löhne billige Preise bewirken, während der Arbeiter, der trinkt, nicht intelligent genug zu arbeiten vermag, um hohe Löhne zu verdienen. Wir müssen zwischen Trinken und Armut einerseits und Prohibition und Wohlstand andererseits wählen.“

Im Schlußkapitel kommt Ford zu folgendem Resultat: Wenn der Unternehmer im Sinne seiner Darlegungen arbeite, werde auch der Uebelstand aller Krisenzeiten leichter zu überwinden sein, ja vielleicht kaum in Erscheinung treten. Er gibt aber zu, daß in besonders schwierigen Zeiten die Krisen auch durch die Regierung, den Staat, gemildert werden können, etwa durch Arbeitsbeschaffung, Bau von Straßen, Kanälen, Talsperren usw.

Sein Ziel geht dahin, den Farmer, also die Landwirtschaft, nicht etwa mit Staatsmitteln zu unterstützen, wie bei uns in Deutschland, oder gar, wie in Amerika, Ernten einzufrieren und Zolltarife künstlich zu steigern, sondern es müsse ein engeres Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie hergestellt werden unter möglichster Ausschaltung der zahlreichen Zwischenhandelsstellen. Konsument und Produzent müssen einander nähergebracht werden. So schließt das Werk Fords, das wir unseren Lesern eindringlich empfehlen können und das in allen unseren Bibliotheken gehalten werden sollte, mit folgender These:

„Die Menschheit schreitet vom Alten zum Neuen auf einer menschlichen Brücke, errichtet von jenen, die auf den drei Hauptgebieten: der Landwirtschaft, der Industrie, dem Verkehrswesen, arbeiten.“

ed.

Arbeiter, Angestellte!

Der 1. Mai, der Weltfeiertag der Proletarier aller Länder, fällt in diesem Jahre in eine Zeit der größten Bedrängnis. Die Arbeitslosigkeit ist so groß wie nie zuvor. Mit ihr wuchs die Unsicherheit der Existenz für alle auch in Arbeit Stehenden; denn keiner weiß, wann ihn das Schicksal in die Reihen der Erwerbslosen stößt. Daneben wirken sich all die sonstigen Begleiterscheinungen der Krise aus. Die Löhne werden gedrückt, an der Sozialversicherung wird gerüttelt. Vieles von dem, was gefestigt schien, wird von den Unternehmern unterminiert, die wie immer solche kritischen Zeiten ausnutzen.

Wäre der 1. Mai ein Feiertag wie so viele andere, dann könnte gefragt werden, ob es sich lohne, ihn in einer solchen Zeit zu feiern. Aber der 1. Mai ist ein Kampftag und wird es bleiben. Als die Arbeitszeit noch endlos lang war, da demonstrierten die Arbeiter für den Achtstundentag. Es war ein Kampf, den anfangs nur wenige ausstießen, die verlacht und verhöhnt wurden. Aber ihre Zahl wuchs, und mit ihnen wuchsen ihre Erfolge. Heute ist

der Achtstundentag überall grundsätzlich auch vom Gesetzgeber anerkannt

Und wenn neben dem Achtstundentag am 1. Mai seit jeher der Ausbau des Arbeiterschutzes, der Sozialgesetzgebung gefordert wurde: heute haben alle Länder auch darin große Fortschritte gemacht. Uns geht das alles nicht weit genug, den Unternehmern geht es zu weit, darum ihr Kampf gegen alles, was errungen wurde.

Heute, in dieser schweren Zeit, hat der 1. Mai erhöhte Bedeutung. Wenn wir auch in die Verteidigungsstellung gedrängt sind, wir nehmen den Kampf auf. Und nicht nur das, wir stecken dabei neue Ziele. Es geht nicht mehr um den Achtstundentag. Er genügt nicht mehr.

Die Vierzigstunden- oder die Fünftagewoche ist es,

die wir heute fordern und der unser gewerkschaftlicher und unser politischer Kampf gilt. Unsere Arbeitsbrüder müssen von der Straße weg in die Betriebe. Arbeitsgelegenheiten gilt es zu schaffen, und da gibt es kein Mittel, das so rasch wirkt wie die Verkürzung der Arbeitszeit. Darum unsere neue Losung, die am 1. Mai von der gesamten Arbeiterschaft aufgegriffen werden muß. Dafür demonstrieren wir.

Und den Unternehmern und allen, die ihnen folgen wollen, rufen wir am 1. Mai mit allem Nachdruck zu:

Nicht Abbau, sondern Ausbau der Sozialgesetzgebung

Die Zeiten sind für alle Arbeitenden zu ernst, als daß an den Einrichtungen gerüttelt werden könnte, die ihnen Schutz und Rückhalt bieten. Wir leben nicht mehr im alten Obrigkeits- und Militärstaat. Soziale Gerechtigkeit ist jetzt das Fundament des Staates. Und so sagen wir auch in diesem Jahre: Der neue Staat muß sozial sein, oder er wird nicht sein.

Eine neue Losung bedeutet neue Kämpfe. Mit Erfolg kann die Arbeiterschaft nur kämpfen, wenn sie einig und geschlossen ist. Deshalb stärkt und festigt eure Reihen. Hinein in die Verbände, hinein in die Gewerkschaft. Proletarier vereinigt euch. In diesem Zeichen werdet ihr siegen. Hoch der 1. Mai! Demonstriert! Folgt dabei den von den zuständigen örtlichen Stellen gegebenen Anweisungen.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner freier Angestelltenbund**

Manifest des JGB. zum 1. Mai

Kampf für Frieden und Arbeiterschutz

Der internationale Gewerkschaftsbund veröffentlicht ein Manifest zum 1. Mai an die Arbeiterschaft der ganzen Welt:

Die Kapitalisten wußten bis heute zur Lösung der Wirtschaftskrise keine anderen Mittel ausfindig zu machen als Lohnherabsetzungen, Verlängerung der Arbeitszeit und Unterdrückung der sozialpolitischen Institutionen und Gesetze, das heißt die allgemeine Verschlechterung der Lebenshaltung und die Steigerung des Elends. Auf politischem Gebiet gehören ihre offenen oder uneingestanden Sympathien dem Faschismus, diesem zur Aufrechterhaltung der politischen Herrschaft des Kapitals errichteten System des Zwanges, des Terrors und der Gewalt . . .

Den Heilmitteln des kapitalistischen Unternehmertums hat die Arbeiterschaft ihre eigenen Mittel gegenüberzustellen:

Verkürzung der Arbeitszeit!

Hochhaltung der Löhne! Bezahler Urlaub!

Heraufsetzung des Schulentlassungsalters!

Erweiterung und Ausbau der sozialen Fürsorge und Versicherung! Vermehrung der öffentlichen Arbeiten usw.!

Mit der bloßen Aufzählung der den Interessen der Arbeiterklasse und der Allgemeinheit dienenden Lösungen ist es jedoch nicht getan, sondern es muß auch alles versucht werden, um diese Lösungen mit aller der Arbeiterklasse innewohnenden Zähigkeit und Macht sowie mit festem Willen und Begeisterung durchzuführen . . .

Eine der größten und ernstesten Aufgaben des Augenblicks ist ohne Zweifel die Aufrechterhaltung des Weltfriedens. Wie auf anderen Gebieten und vielleicht noch mehr als auf allen anderen Gebieten ist es hier von größter Wichtigkeit, allen Winkelzügen ein Ende zu setzen und den Gegensatz zwischen den Wünschen und der bestehenden Sachlage, zwischen übernommenen Verpflichtungen und erreichten Resultaten zu beseitigen.

Arbeiter und Angestellte! Das Jahr 1931 ist für euch ein Jahr der Vorbereitung der Geister zugunsten des Friedens und der Abrüstung! Ihr müßt das Gewissen aller jener wachrufen, denen die Erhaltung unserer Kultur und Zivilisation nahe geht! Die internationale Gewerkschaftsbewegung fordert am 1. Mai:

Allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit! Arbeit und Brot für alle!

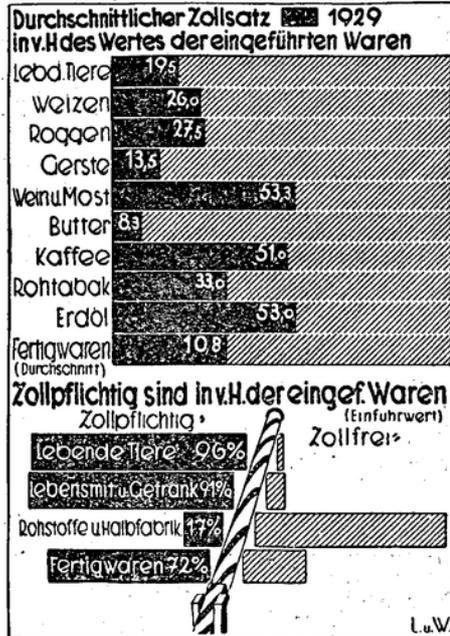
Aufrechterhaltung und Ausbau der Sozialversicherung! Abrüstung und Frieden!

7. Jahresabschluss der Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten

Der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten für das Jahr 1930 zeigt, daß dieses Bankinstitut der freien Gewerkschaften am Ende dieses schweren Krisenjahres stolz und unerschütterter dasteht. Zwar ist selbstverständlich der stürmische Aufstieg der letzten Jahre zum Stillstand gekommen, doch ist nicht wie bei den meisten anderen Banken ein Rückgang des Gewinns erfolgt. Im Gegenteil, alle Einnahmeposten der Gewinn- und Verlustrechnung zeigen ein weiteres Anwachsen. Die Einnahmen aus Zinsen, Sorten und Dividenzen stiegen von 3,05 Millionen im Vorjahre auf 3,58 Millionen Mark und sind damit mehr als doppelt so hoch als im Jahre 1928. Die Einnahmen aus Provisionen stiegen von 1,03 auf 1,30 Millionen Mark, also fast um ein Drittel, die sonstigen Erträge von 331 000 Mk. auf 365 000 Mk., die Gesamteinnahmen somit von 4,3 auf 5,2 Millionen Mark. Infolge weiteren Ausbaues des Filialnetzes stiegen, wie die Ausgaben der Gewinn- und Verlustrechnung ausweist, die Handlungsunkosten von 1,97 auf 2,28 Millionen Mark. Hierbei handelt es sich um Umwandlung der Zahlstellen in Hannover, München und Saarbrücken in selbständige Filialen und um Errichtung weiterer selbständiger Zahlstellen in Braunschweig, Essen, Köln, Siegen, Magdeburg und Stuttgart. Außerdem wurde in Berlin eine Depostenkasse im Vorwärts-Hause errichtet, und zwar in denselben Räumen, wo vorher eine Depostenkasse der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft ansässig war, die infolge der Fusion geschlossen worden war. — Die Steuerleistung der Bank stieg von 373 000 Mk. im Vorjahre auf 950 000 Mk., was darauf zurückzuführen ist, daß diesmal die vorjährige Gewinnverdoppelung versteuert werden mußte. Der Reingewinn einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre übersteigt noch etwas die vorjährige Höhe und wird mit 2 137 000 Mk. ausgewiesen. Hieraus hätte mit Leichtigkeit eine Dividende in der vorjährigen Höhe von 10 Proz. ausgeschüttet werden können. Die Leitung der Bank hat aber vorsorglich die Dividende auf 8 Proz. herabgesetzt, wofür bei einem Aktienkapital von 12 Millionen Mark diesmal 960 000 Mk. gegen 1,2 Millionen Mark das letztemal erforderlich sind. Der von dem Reingewinn dann übrigbleibende Betrag wurde zur Stärkung der offenen Reserven um weitere 800 000 Mk. verwendet. Diese offenen Reserven haben zu Beginn des Jahres 2,5 Millionen Mark betragen und erreichen jetzt eine Höhe von 3,3 Millionen Mark, also mehr als ein Drittel des Aktienkapitals. Außerdem wird ein Betrag von 377 000 Mk. gegen nur 109 000 Mk. im Vorjahre in neue Rechnung vorgetragen. Dieser höhere Vortrag allein hätte genügt, um die vorjährige Dividende beizubehalten.

Die Steigerung der Einlagen hat sich trotz der Krisenzeit weiter fortgesetzt und zwar beträgt die Gesamtsumme der Kreditoren diesmal 168 Millionen Mark gegen 163 Millionen Mark im Vorjahre. Hiervon ist der größte Teil drei Monate und länger fest angelegt, während nur rund 46 Millionen Mark kurzfristig verfügbar zu halten sind. Sowohl die Erträge wie der Umfang der verwalteten Gelder haben danach eine erhebliche Zunahme erfahren, während bei den Privatbanken auf allen Gebieten erhebliche Rückschläge zu verzeichnen sind. Erklärlich wird dies dadurch, daß sich die Arbeiterbank grundsätzlich von spekulativen Börsengeschäften fernhält und daß außerdem gemäß dem besonders ausgewählten Kreis der Kreditnehmer der Arbeiterbank Verluste an ausgeliehenen Geldern vermieden werden konnten. Schließlich war die Arbeiterbank nicht wie die privaten Großbanken auf Auslandsgelder angewiesen, die besonders infolge des Wahlausgangs vom 14. September von den ausländischen Geldgebern in erheblichem Umfang von den Privatbanken abgezogen wurden. An diesem Wachstum der Einlagen sind die Sparkasseneinlagen ebenfalls beteiligt, was nicht zuletzt aus der Vielfalt zu verzeichnenden erhöhten Spartätigkeit der „Glücklichen“, die noch in Lohn und Brot stehen, aber mit der Unsicher-

heit ihrer Arbeitsplätze zu rechnen haben, erklärlich wird. — In der Anlage dieser Einlagenbestände hat sich eine beachtenswerte Veränderung gegenüber den Vorjahren ergeben und zwar sind diesmal nur 39 gegen 56 Proz. im Vorjahre von diesen der Bank anvertrauten Geldern an öffentlich-rechtliche Kreditnehmer ausgeliehen, während umgekehrt der Anteil der Organisationen der Arbeitnehmer sich von 39,3 Proz. auf 55,76 Proz. erhöhte. Hierin zeigt sich das Bestreben der Arbeiterbank, in erster Linie den eigenen Betrieben der Arbeitnehmer und der dort tätigen Belegschaft über die Krisenzeit hinwegzuhelfen. Auch der Gesamtbeitrag der ausgeliehenen Gelder hat sich gegen das letztemal weiter erhöht, und zwar von 95 auf 99 Millionen Mark. Hiervon ist nur 1/4 Proz. (runde 483 000 Mk.) ohne Deckung ausgeliehen. Ein erheblicher Teil der Einlagen, und zwar rund 61 Millionen Mark sind wieder als Guthaben bei Banken und als Barbestand flüssig angelegt. Auch diese Bankguthaben sind größtenteils bei öffentlichen Banken angelegt. Besondere Förderung ließ die Arbeiterbank wieder den gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Bauorganisationen angedeihen. Rund 50 Millionen Mark wurden als Zwischenkredite zur Förderung des Wohnungsbaues zur Verfügung gestellt. Insgesamt wurden 10 522 Wohnungen gegen 10 117 im Vorjahre mit den von der Arbeiterbank zur Verfügung gestellten Mitteln erbaut. — Eigene Wertpapiere sind mit 11,6 gegen 9,43 Millionen Mark das letztemal bewertet, wobei die Leitung der Bank darauf hinweist, daß die Bewertung unter den Kursen des Bilanzstichtages liegt, so daß darin beträchtliche stille Reserven liegen dürften. Die Konjunkturalbeteiligungen (Gemeinschaftsbeteiligungen) erfuhren eine weitere Steigerung von 3,7 auf 4,4 Millionen Mark. Der Posten „Dauernde Beteiligungen“ ist durch Abschreibungen von 4,23 auf 4,08 Millionen Mark verringert worden. Hierunter fällt in der Hauptsache die Beteiligung an der hannoverschen



Die Zollmauern um Deutschland. Ein Mittel der Reichsregierung, die Preise zu senken, wäre es, wenn die Zölle abgebaut würden, weil dann die billigeren Auslandsware das Angebot im Inland ebenfalls herabdrücken würde. Man wird aber im gegenwärtigen Zeitpunkt von diesem Mittel keinen Gebrauch machen.

Bobenkredit-Bank, die ebenfalls vor kurzem ihren Abschluß vorgelegt hat und wieder wie in den letzten sechs Jahren eine Dividende von 12 Proz. auf das 3,6 Millionen Mark betragende Aktienkapital verteilt. Die Summe aller Bilanzposten stieg von 179 Millionen auf 184,6 Millionen Mark.

Der Umsatz ist ganz erheblich angewachsen und zwar von 2,78 Milliarden auf 3,36 Milliarden Mark. Die Zahl der Angestellten erhöhte sich von 160 auf 215.

Bemerkenswert ist noch, daß der Teil des Geschäftsberichts, der sich mit der allgemeinen Wirtschaftslage befaßt, wieder von einem großen Teil der Handels- und Börsenpresse totgeschwiegen wird, während diese Blätter die abgedroschensten Unternehmerrweisheiten von den untragbaren Steuerlasten und den „hohen“ Löhnen, wie sie fast in allen Jahresberichten von Industrie-gesellschaften wiederkehren, nicht oft genug abdrucken können. Der Vorstandsbericht der Arbeiterbank kommt zu der Feststellung, daß die deutschen Unternehmer die Folgen der katastrophalen Fehler ihrer Wirtschaftsführung, der Ueberrationalisierung und Fehlleitung von Kapital einseitig der Arbeiterschaft aufbürden wollen, während die Arbeiterschaft bemüht von der Mitleitung der Wirtschaft ausgeschlossen werden soll. An den verfehlten, auf halbem Wege stehengeblichen Maßnahmen der Regierung zur Herbeiführung eines Preisabbaus wird berechtigte Kritik geübt und vor allen Dingen festgelegt, daß diesen Bestrebungen der Reichsregierung der Erfolg versagt bleiben muß, solange Kartelle und ähnliche Unternehmerorganisationen mit Glacéhandschuhen angefaßt werden.

Schließlich macht sich die Arbeiterbank die Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche, die übrigens im eigenen Betriebe der Arbeiterbank bereits eingeführt ist, vollinhaltlich zu eigen und fordert Maßnahmen, um dem einseitigen Lohnabbau ein Ende zu machen und die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen.

Julius Fries.

Jugendwandern

Alte und neue Generation beim Wandern

Lieber Leser! Es gibt wohl heute noch so manchen älteren Kollegen, der sich nur sehr schwer an die Umgestaltung der Freizeitkultur gewöhnen kann. Einstmals mußte der Lehrling 12 bis 14 Stunden arbeiten. Nachdem er die prügelreiche Volksschule absolviert hatte, drohten ihm nicht nur die „Kassenköpfe“ der Gesellen, sondern der Meister selber und hier und da sogar Frau Meistlerin nahmen für sich das Recht der Züchtigung in möglichst ausgedehntem Maße in Anspruch. Es soll sogar ältere Kollegen geben, die diese traurige Zeit ihrer Jugend mit einer Art innerem Stolz schildern und die strenge Erziehung zur Tüchtigkeit lobpreisen. Der Sonnabend war damals ein Arbeitstag wie die anderen und selbst am Sonntag vormittag mußte man die Werkstatt reinigen und ähnliche Nebenarbeiten verrichten bis zum späten Nachmittag. Was Wunder, daß dann der junge Mensch ermüdet ins Bett sank und ein paar Stunden mehr Schlaf zum Ausgleich seiner Kräfte brauchte. Keine Fortbildungs- oder Fachschule existierte und die meist recht unzulängliche Lehre brachte oft genug mehr allgemein physische Arbeit ohne den eigentlichen gewerblichen Unterricht. Der junge ungelernete Fabrikarbeiter aber war noch übler dran. Bei kargem Lohn, den er an die Eltern abliefern mußte, die gleichfalls in Not waren, hatte er oftmals körperlich recht schwere Arbeit zu verrichten, weil die Maschinen damals noch nicht so ausgedehnt waren. Das Wachstum des Körpers in den jungen Jahren wurde nicht selten gehemmt. Mißbildungen und Verkrüppelungen einzelner Körperteile durch Ueberanstrengung waren die Folge. Auch hier mußte der Sonntag zu erheblichem Teil zum Ausschlafen benutzt werden. Wenn dann der Arbeiter später als Erwachsener seine „Freiheit“ hatte, so spielte ebenfalls die schwere physische Ermüdung, oftmals vorübergehend unterbrochen durch starken Alkoholgenuß, eine so große Rolle, daß der Sonntag nachmittag zu erheblichem Teil dem Schlafen gewidmet werden mußte. Zum andern Teile kam auch die Gewohnheit hinzu.

Hier ist nun seit zwei Jahrzehnten ein Wandel eingetreten. Die Bewegung zum Wandern am Wochenende ging eigentlich von den Erwachsenen aus. Die Gründer der Wandervogelbewegung hatten die ungeheuren Schäden, die durch die wachsende Maschinenisierung und Technisierung entstanden, kennengelernt und kamen zu einem Lebensreformprogramm, insbesondere aber zur Förderung der Freizeit. Die Wochenendbewegung setzte ein und übertrug sich aus diesen kleineren Kreisen sehr bald auf Jugendliche, ja auch auf Schüler. Es wurden die ersten Jugendherbergen geschaffen. In der Nachkriegszeit war es dann unser Genosse Hänisch als Kultusminister, der einen allmonatlichen Wandertag für die Schulen einrichtete. Zahlreiche Sportvereine der Arbeiterschaft, insbesondere die Naturfreunde Bewegung brachte dann die breite Welle des Wanderns im deutschen Volke hervor. Heute haben wir nicht nur das Schulwandern, sondern die Kinderfreunde sorgen schon dafür, daß auch die Allerkleinsten ein Wochenende kennen. Die Rotfalkenbewegung mit ihren Zeltlagern ist ebenfalls rege am Wandern beteiligt und unsere S.A.J. nimmt zu erheblichem Teile die deutschen Jugendherbergen vom Sonnabend zum Sonntag oder in der freien Zeit zu Ostern, Pfingsten und an den etwaigen Ferientagen in Anspruch.

Aber auch der Prozentsatz der älteren Wanderer hat sich erheblich vergrößert. In der Nachkriegszeit gelang es den Gewerkschaften vielfach, sozialere Tarifverträge abzuschließen mit Ferienzeiten. Der Achtstundentag wurde durchgesetzt, vielfach auch verkürzte Arbeitszeit an Vorfeiertagen. So hat sich dann insbesondere vom Frühjahr bis zum späten Herbst in Deutschland die Wochenendwanderung herausgebildet. Allsonnabendlich strömen Tausende von Großstädtern nach kurzer Eisenbahnfahrt hinaus ins Freie zur mehrstündigen Wanderung mit dem Ziele zur Jugendherberge.

Am nächsten Morgen in aller Frühe geht's weiter in den Wald. Ein See zum Baden und Schwimmen liegt ganz bestimmt auf der Tour. Damit ist das zweite Element der Menschen, das Wasser, wiederum eine reiche Quelle frischer Freude für jedermann. Unsere Jugend der Großstadt lernt bereits in den letzten Schulklassen systematisch schwimmen und die Sportvereine mit ihren Schüler- und Jugendabteilung tragen ein übriges dazu bei, daß schon frühzeitig Sicherheit im Wasser gewonnen wird und die Zahl der Unfälle verhältnismäßig gering bleibt, gemessen an den ungeheuren Ziffern der Freibadbewegung, die ja allsonntäglich nach Hunderttausenden zählt.

Der Mittelpunkt aber und die Basis dieser größeren Wanderungen bleibt doch die Jugendherberge. Hier kann man mit wenig Geld übernachten. Der Schlafack ist obligatorisch geworden. Jeder bringt ihn mit. Aber die Jugendherbergen verfehlen in der Regel auch frisch gewaschene Schlafjücke für 20 Pf. Auch der notdürftigste Wanderproviand kann hier ergänzt werden. Alle Kreise des deutschen Volkes sind an diesem Jugendherbergs- und Wanderwerk beteiligt. Es ist in dem von Strömungen jeglicher Art allzu zerrissenen Deutschland beinahe das einzige Werk, in dem noch nicht der politische Streit im Vordergrund steht. Erfreulich ist, daß im allgemeinen der Burgfriede nicht gestört wird, sei es auf der Jugendburg Hohnstein oder in irgendeiner anderen Jugendherberge trotz der verschiedenartigsten Weltanschauungen. So läßt sich feststellen, daß die Wochenendwanderung für alt und jung heute gar nicht mehr wegzudenken ist. Sie ist auch gar nicht hoch genug einzuschätzen in bezug auf die Gesunderhaltung des deutschen Volkes. Bringt man sich zum Bewußtsein, daß auf der einen Seite in den Fabriken und Werkstätten eine ungeheure Anspannung des Körpers,

insbesondere aber der Nerven vor sich geht, daß auch der Großstadtverkehr beim Wechsel der Arbeitsstätte mit der Wohnung ebenfalls recht erhebliche Anforderungen an den Körper stellt, so ist dieser Ausgleich am Wochenende eine unbedingte Notwendigkeit für viele Menschen geworden. Aber auch die Massenarbeitslosigkeit unserer Zeit, die Ältere wie Jugendliche erfaßt hat, ist eine schwerste Belastung seelischer Art. Hier bringt die Wanderbewegung den seelischen Ausgleich und ermöglicht, daß jüngere und ältere Menschen nicht ganz der Verzweiflung verfallen. Unser zermürbendes, rationalisiertes Zeitalter und unsere zerfallene, durch unendliche Widersprüche gekennzeichnete menschliche Gesellschaft ist fast ganz aus den Fugen geraten und sie wird gewiß zu einheitlichem Tun und Wollen erst in einer sozialistischen Gesellschaft kommen. Deswegen aber soll man doch die Lebensreform des einzelnen beileibe nicht unterschätzen. Je mehr und je inniger man sich der Natur anvertraut, um so mehr wird einem von Jugend auf zum Bewußtsein kommen, daß jeder nur ein Teil des gesamten Lebensorganismus ist und Bevorzugungen und Privilegien durch nichts begründet sind. Es erwächst mit dem recht verstandenen Wandern und der innigen Verschmelzung mit der Natur auch der Gedanke der menschlichen Gemeinschaft stärker. Man bildet wieder „Horde“ und Gruppen, um alles gemeinsam zu machen: spielen, schwimmen, essen, alles in gleichartiger Gemeinsamkeit und doch individuell nach dem Bedarf. So sehen wir bereits die Schwelle des Gemeinsamkeitslebens herangebildet, über die uns der Weg zu einer neuen, höheren Kulturstufe führt, im Wandern der jungen wie der älteren Generation. Darum soll sich der ältere Kollege nicht verständnislos zeigen diesen Bestrebungen gegenüber, sondern wo es eben geht mitwandern. Und die jungen Burschen und Mädchen sollen gelegentlich auch die „Alten“ mit hinausziehen in den Strudel ihrer sportfrohen und bewegten Spiele. So schaffen wir uns eine neue Welt trotz aller Not der Zeit.

Edt.

Wir Städter!

Steinerne Wände verbergen uns zwingend
Wege zur Freiheit: zu Wiese und Wald.
Glode und Bendel, schlagend und schwingend
halten am Ort uns mit harter Gewalt.

Wir wissen nur wenig vom ebenem Lande,
von Hügel und Wassern, von Acker und Feld,
vom Frühjahr dort draußen, vom Juli am Strande
vom wachsenden Jahre der offenen Welt.

Die Straßen verschieben sich, eine in andre —
erfüllt mit Gelärm und mit Hasten die Zeit.
Lodt morgens die Sonne: nun komm und wandre;
da hörst du schon Trab: die Fabrikseife schreit!

Hoch über der Straße wird ein Biered am Himmel
wohl Blumen am Fenster, Gestränge am Haus —
doch sieht wer hinaus aus dem wirren Gewimmel?
Verstäubt ist das Grün — winkt Sommer daraus?

Doch manchmal, da zieht es uns mächtig ins Freie,
nach sehr schweren Tagen, von Arbeit durchgeht:
im Sonntagsgewande wir Menschen in Reihe
zieh'n plaudernd hinaus in die offene Welt!

Gerrit Engelke

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit im sozialen Wandern

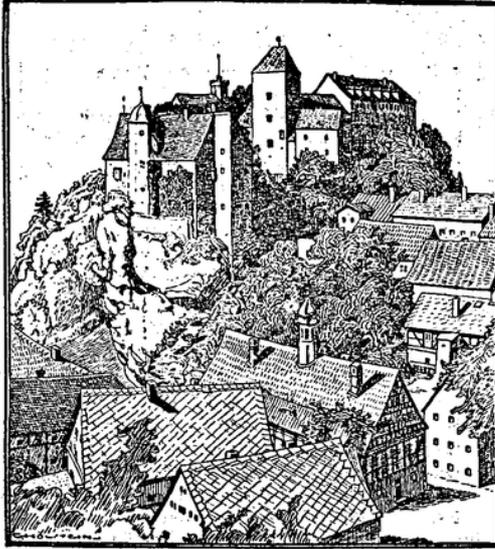
Die Arbeiter-Bildungstätigkeit in den verschiedensten Arbeiterorganisationen ist heute gewiß außerordentlich vielseitig. Das gilt auch von der Arbeit der Gewerkschaften selbst. Interesse für wirtschaftspolitische, sozialpolitische und arbeitsrechtliche Fragen werden geweckt, alle Formen der gewerkschaftlichen Arbeit scheinen erfasst zu sein. Funktionärkurse, Bildungsabende und Referate erschöpfen diese Themen ausgiebig. Dennoch bleibt oft noch manches zu tun, das dieses Bild wesentlich erweitern und vertiefen könnte. Wir denken nur an die notwendigen Formen der Geselligkeit, die oft von Kurjustellnehmern als Ergänzung und Verlebendigung gewünscht werden. In gewissem Grade kann man dem gerecht werden und soll es unbedingt tun, wo der Wunsch nach Wanderungen und Fahrten durch die nächsten Landschaftsgebiete auftaucht, denn gerade darin liegt ein großer Bildungswert. Wenn nicht immer gute Führer aus eigenem Kreise zur Verfügung stehen, wende man sich getrost an die nächsten Gruppen der Naturfreunde, die zur Mitarbeit gern bereit sind. Hier soll als wichtigstes gewerkschaftliches Bildungsproblem ein Gebiet des modernen Wanderns gewürdigt werden, das insbesondere oft auch die Arbeiterwanderer behandeln. Es ist das soziale Wandern. Gewiß, zu einem Teile kommen die Gewerkschafter von selbst dazu. Die Betriebsbesichtigungen in den verschiedensten Industriegebieten gehören nämlich durchaus zu diesem Thema. Es erstreckt sich solches gewöhnlich nur auf den eigenen Beruf, auf die Industrie, für deren Arbeitnehmer die betreffende Gewerkschaft Interessensvertreterin ist. Auch hier dürfte das Bild wesentlich erweitert werden, wenn wir die Landschaft, in der ein Kursus, eine größere Zusammenkunft oder dergleichen stattfindet, auch einmal als Wirtschaftsgebiet betrachten, in dem sich die verschiedensten Industrien angesiedelt haben. Es dient durchaus dem gewerkschaftlichen und wirtschaftspolitischen Weitblick, wenn der Teilnehmer auch andere, fremde Berufsformen mit dem eigenen Lebensbild verbindet, um so zu neuen Erkenntnissen zu gelangen. Wesentlich sind dabei gewisse soziologische Betrachtungen, die das Landschaftsbild vor allem in seiner geologischen Beschaffenheit mit umschließen.

Erst die Landschaftsgestaltung bietet Klarheit über Möglichkeiten der menschlichen Siedlung und der menschlichen Arbeit. Aus ihrer geologischen Beschaffenheit ergibt sich die Form der Industrie, die aus den Bodenverhältnissen schöpft. Und von dieser Grundlage ausgehend findet man auch die Ueberleitung zu weiteren industriellen Siedlungsformen, die der Verarbeitung der gewonnenen Rohstoffe dienen. Der Ueberblick über die Gestaltung der Landschaft — besonders von Türmen und Höhen gesehen — vermittelt auch einen Eindruck von Wesen und Wirkungsmöglichkeiten des Handels, von der Entwicklung der Verkehrswege und weiterer Grundformen modernen Wirtschaftsaufbaus. Sogar die Ueberleitung zu Kartell- und Konzernbildungen ist zu finden. Denn was aus der Landschaft und ihren Lebens- und Entwicklungsbedingungen an industriellen Formen hervorgewachsen ist, bietet in der Gesamtheit erst die Erkenntnis von den möglichen Verzweigungen des wirtschaftlichen Lebens.

Rückschauend werden daneben Landschaftsformen, Siedlungsanlagen und Städtebauten auch von früheren Wirtschaftsformen berichtet. Es muß im sonstigen Arbeitsplan soviel Mühe gefunden werden, daß man sich auch einmal richtig im Städtebild umschauen kann. Die Bauten selbst, die mittelalterlichen Kunstformen an Häusern, Kirchen und öffentlichen Gebäuden berichten in umfangreicher Weise von früheren Arbeitsformen. Wenn dann noch gutunterrichtete Führer von Fundstätten der Frühzeit und der Vorgeschichte in der näheren und weiteren Umgebung erzählen können, so ist viel Material für die Wirtschaftsgeschichte gewonnen. Und Wirtschaftsgeschichte treiben gehört sicherlich zu den wichtigsten

Aufgaben der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Sich in diesem Rahmen ergebende Besichtigungen besonderer Anlagen und Museen soll man natürlich nie ganz ohne Vorbereitung und Führer unternehmen, denn auch dabei ist die durch diesen herbeigeführte Konzentration von besonderem Wert.

Gewiß werden gewerkschaftliche Funktionäre nie der Gefühls-empfindung Raum geben, daß Arbeit nur eine Last ist. Sie wissen aus ihrer ganzen Tätigkeit und aus den Bildungskursen und Vorträgen, daß Arbeit immer im Rahmen der menschlichen Kulturentwicklung ein wichtiger Wertbegriff bleibt, ja überhaupt der grundlegende Wertbegriff ist, von dem jegliche Kulturentwicklung ausgeht. Was aber bisher meist in der Theorie erkannt wurde, wird durch das soziale Wandern vertieft und erweitert. Und wir wissen, jede bildliche Erläuterung des Wissensstoffes wirkt immer besonders einprägsam.



Jugendburg Hohnstein (Sächsische Schweiz)

Dazu tritt nun in bezug auf den Wertbegriff der Arbeit noch ein weiteres wichtiges Moment. Die Zusammenfügung des draußen Ersehtenen: die Landschaft, ihre geologische Beschaffenheit, die Rohstoffgewinnung, die meist an Ort und Stelle erfolgende Rohstoffverarbeitung, die darauf aufbauende weitere industrielle Entwicklung, die Gestaltung der Handels- und Verkehrswege und ihrer weiteren Aufbaumöglichkeiten, zeigt erst klar, welche grundlegende Bedeutung in diesem besonderen Wirtschaftsgebiet die Arbeit darstellt und wie weit maschinelle oder rein menschliche Arbeitskraft den Fortschritt fördert. Und noch ein weiteres wirtschaftliches Problem wird in der Betrachtung der Landschaft besonders einprägsam, das ist die Frage, inwieweit Naturkräfte selbst in den Dienst des Produktionsprozesses gestellt werden können. Die Landschaft zeigt uns, ob hier in besonderem Maße Ausnutzung von Wasserkräften, Ausban

der Elektrizitätswirtschaft u. dergl. möglich ist. Wir dürfen sicherlich den Wert solcher Einblicke von der Landschaft her nicht verkennen. Und nun kommt der Mensch in seiner besonderen Beziehung zur Landschaft. Wir wollen dabei absehen von seinen sozialen Lebensverhältnissen, deren Bedingungen in Wohnung, Arbeitszeit, Entlohnung und Kulturbedürfnis ja nur zum Teil aus der Landschaft direkt hervorgehen. Aber es ist doch so, daß die Landschaft auch den Volkscharakter formt. Der Mensch kann aufgeschlossen und lebendig sein (Thüringen, Rheinland) oder vollkommen in sich verschlossen, wenig aus sich herausgehend (Westfalen, Lüneburger Heide). Er kann auch besonders mit dem Boden verwurzelt sein, dem er hart seine Lebenseristenz abringen muß, wie z. B. in vielen Gebirgszügen. Auch die Einstellung zum Begriff Eigentum ist immer verschieden. Im letzteren Falle tief im Menschen verwurzelt, in großen Industriegebieten wieder höchst freizügig, da dort der Proletarier kaum anderes Eigentum als seine Arbeitskraft kennt.

Aus solchen Erkenntnissen ergibt sich dann meist auch das politische Bild. Je nach der aus der Landschaft hervorgegangenen industriellen Entwicklung oder der Verwurzelung des einzelnen in und mit der Landschaft sind die Möglichkeiten der Aufklärung und der gewerkschaftlichen wie politischen Organisation verschieden. Auch Kulturbegriffe und Kulturbedürfnisse gestalten sich verschieden, und wir wissen, mit der Steigerung der Kulturbedürfnisse wächst die Organisationsfähigkeit und die Möglichkeit sozialistischer Beeinflussung. Aber auch staatspolitisch gesehen gibt ein solches Wandern mit offenen Augen die Möglichkeit, die verschiedensten Einstellungen und Anschauungen der einzelnen Volkstämme kennenzulernen. So stärkt zweifellos der richtige Einblick in das Landschaftsbild auch den gewerkschaftlichen und politischen Weitblick und wir gewinnen wichtige Lebenskenntnisse in der Verknüpfung von Bildungsarbeit und sozialem Wandern.

A. Lau, Berlin.

Die deutschen Jugendherbergen

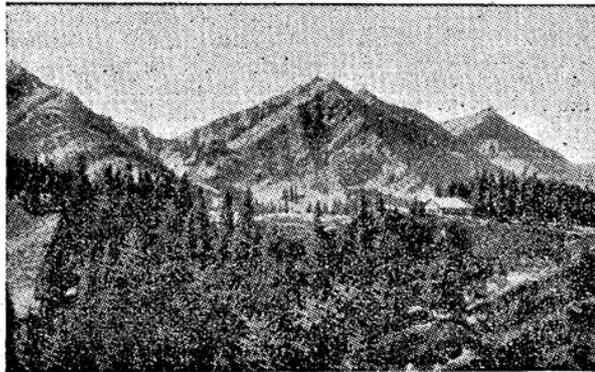
Im Jahre 1910 gingen zwei Männer, der Lehrer Schirrmann und Fabrikant Munker, daran, einzelne dürftige Jugendherbergen zu schaffen, von dem Gedanken ausgehend, daß die Jugend, wenn sie an Leib und Seele gefunden soll, aus der Stadt hinaus in die freie Natur muß und dazu billige und gute Unterkunft benötigt. In den paar Jugendherbergen, die sie gründeten, fanden bereits 1911 etwa 3000 jugendliche Wanderer Unterkunft. Das Werk fand solchen Anklang, daß bald der „Reichsverband für deutsche Jugendherbergen“ in Gau und Ortsgruppen unterteilt werden mußte. Bei dem Aufschwung, der in der Nachkriegszeit besonders in der jugendlichen Wanderbewegung eingeseht hat, ist es nicht verwunderlich, daß heute rund 1000 Ortsgruppen mit etwa 120 000 Mitglieder bestehen. Die größten Ortsgruppen sind Hamburg mit 3900, Leipzig mit 3200 und Köln mit 1700 Mitgliedern. Aber auch Schulen sind als körperschaftliche Mitglieder dem Verband angeschlossen. — Die Zahl der Jugendherbergen ist in dieser Zeit natürlich mächtig gewachsen und heute bestehen etwa 2200 solcher Unterkunstmöglichkeiten. Aber noch immer sind in manchen schönen Gegenden viel zu wenig Herbergen, um alle Buben und Mädchen und die vielen Wanderklassen aufnehmen zu können. Selbstverständlich müßten auch hier und da die Herbergen etwas schöner und gesünder eingerichtet werden. Etwa 3½ Millionen Wanderer waren es im vergangenen Jahre, die die Jugendherbergen aufsuchten. Einzelne Herbergen haben allein einige zehntausend Uebernachtungen im Jahr. München sah 64 000 Wanderlustige, Hohnstein im Gau Sachsen 56 000, Köln 43 000, Koblenz 38 000 und Heidelberg 31 000. Im allgemeinen sind die Buben etwas stärker vertreten als die Mädchen; auf 100 Gäste kommen etwa 69 Buben und 31 Mädchen. Die Volksschüler machen dabei etwa ein Viertel, die Schüler der höheren, der Mittel- und Hochschulen ein Drittel aus. Dazu kommen die jungen Burschen und Mädchen, die nicht mehr in die Schule gehen, sie machen etwa ein Viertel aus; der Rest sind jugendliche Wanderer über 20 Jahre. Natürlich machen auch ausländische Gesinnungsfreunde immer wieder von der Gelegenheit Gebrauch, in den Jugendherbergen zu übernachten, die die beste und billigste Gelegenheit sind, die Welt kennenzulernen.

Wanderlustige, die unter 20 Jahre alt sind, bezahlen für eine Uebernachtung 30 Pf., wer älter ist, 50 Pf. Auch ganze Schulklassen mit ihren Lehrern oder Lehrerinnen nehmen die Gelegenheit wahr, in den Jugendherbergen unterzukommen, und seitdem dies möglich ist, haben die mehrtägigen Wanderungen der Schulen bedeutend zugenommen. Darüber hinaus benutzen auch manche Klassen die Jugendherbergen für längeren Aufenthalt oder als Schullandheime. Die jugendlichen Wanderer müssen einen Ausweis haben; denn man will schließlich auch wissen, wer man als Gast bei sich hat. Der Ausweis kostet 50 Pf. für das ganze Jahr und wird von der Ortsgruppe ausgestellt. Wer über 20 Jahre alt ist und die Jugendherbergen benutzen will, kann für 3 Mk. jährlich Mitglied werden. Zweckmäßig ist es, wenn sich größere Wandergesellschaften vorher bei den Jugendherbergen, in denen sie zu übernachten beabsichtigen, anmelden, da in vielen Fällen der Raum noch etwas beschränkt ist.

Daß das Werk der Jugendherbergen notwendig ist, beweist der große Zuspruch, den die Jugendherbergen zu verzeichnen haben, die zum größten Teil in den schönsten Gegenden Deutschlands liegen. In Ferien und in Freizeiten auf Fahrt zu gehen und von einer Etappe zur anderen Unterkunft in einer Jugendherberge zu suchen, lohnt sich und bietet die beste Möglichkeit, den Urlaub ohne große finanzielle Lasten nutzbringend und für Körper und Geist von Vorteil anzuwenden. Deshalb heißt es am Wochenende und in den jetzt wieder kommenden Ferientagen das Ränzlein geschnallt, den Stab in die Hand, die Brust geweitet und hinaus in die junge, grüne Welt. Niemand wird es bereuen.

Asphalt- oder Wandermenschen?

Das muß ein ganz besonderer Genuß sein, so jahraus und jahrein, an allen Sonntagen, die an den Himmel kommen, immer wieder durch dieselben Straßen spazieren zu gehen, dieselben Menschen zu sehen, denselben Staub zu schlucken und denselben Asphaltduft in die Nase einzuziehen. Wenn das kein Genuß wäre, könnte ich mir nicht denken, daß es noch immer so viele tun. Zum Beispiel diese jungen Burschen mit den steifen Kragen, den sackweiten Hosen, den seidenen Socken, den eleganten Querschleifen, den spitzen Schuhen und — jawohl, natürlich — der ewigen Zigarette im Mund. Kavaliere! Und neben ihnen die passenden Mädchen: Stöckelschuhe, Seidenflorstrümpfe erster Wahl, gezipfelte Kleider, hier ein bißchen rot und dort ein bißchen weiß, tipptopp und elegant. Die Damen! Hin und her, her und hin auf dem Asphalt, und wenn es auswärts geht — nicht zu weit, bitte, es ist doch immer und überall dasselbe — und dann geht es per Auto oder per Tram (von wegen die Lackschühchen und die „Louis-XV.-Abfäße“). Jawohl, das alles muß doch ein ganz besonderer Genuß sein. — Wir Wandermenschen wissen davon allerdings nur wenig oder meist gar nichts. Sonntag, das ist vor allem mal ein freier Tag; da soll unser Herz und unsere Seele, und soll auch unser Körper frei haben, d. h. er soll sich mal tüchtig austoben können. Und da ziehen wir unsere kurze Buzze an, ein solides Hemd, auf das überhaupt und um Himmelswillen kein steifer Kragen paßt, und dann ein Paar breite bequeme Stiefel oder Schuhe, damit auch die armen Trippelfüße endlich mal wieder Platz und Luft haben. Jawohl, so geht's los.



Kemptner Naturfreundehaus in den Allgäuer Alpen

Wohin? Nun, das ist nicht ganz so wichtig wie die Tatsache, daß es überhaupt losgeht; aber jedenfalls nicht dorthin, wo sich die Menschen (siehe obige Porträtierung) drängen und schieben und quetschen und vor lauter Vergnügen auf der Heimfahrt über den „Betrieb“, die schlechte Bedienung, den schwachen Kaffee, den trockenen Kuchen, die bekleckste Bluse vom Kästgen und die zerrißene Hose vom Erwin schimpfen. Nein, dahin auf keinen Fall. Davon müssen wir auf der Heimfahrt ja gerade genug schlucken, ob wir wollen oder nicht. Unser Feld ist die Welt. Sie fängt gerade da an, ihr Asphaltmenschen, wo eure aufhört, möglichst weit draußen nämlich, dort, wo sich die Menschen nicht mehr nur in Herden treffen. Sie liegt so gut es geht, immer abseits von der Straße, denn unsere Lunge hat auch einen freien Tag und möchte heute mal keinen Benzindunst schlucken. Und weil auch unser Herz frei hat, deshalb schleichen wir nicht stumm und bedrückt, sondern wir singen und musizieren, daß es nur so durch die Wälder und über die Wiesen hinklingt. Jawohl, so machen wir's. Aber keine Rose ohne Dornen: dafür sind wir nun einmal keine Kavaliere und keine Damen, es ist unser Schicksal, daß wir auch Sonntags genau dieselben Buben und Mädchen bleiben wie werktags, Buben und Mädchen, nach denen ihr euch sicherlich nicht einmal umdreht. Aber wir sind euch nicht böse darum; ein bißchen Mitleid sitzt sogar in unserem Herz, und das wird immer größer und größer, je mehr wir an euch denken. Denn wie mag es euch Montags gehen, wenn ihr wieder aus euren schönen Kleidern heraus müßt, und es ist euch von dem Sonntag gar nichts anderes geblieben als eine verbrauchte Kehle und ein dumpfer Kopf? Wie es bei uns ist, das kann ich euch gerne sagen: In den Wäldern haben wir noch so einen Widerhall von dem Rauschen der Wälder, in den Augen noch so ein wenig von dem Schimmer der Bäche und der Wiesen, wie sie da gestern in der Sonne gegläntzt haben, und im Herzen so ein nettes Bündelchen Freude, wie wir sie eben da draußen in all den Herrlichkeiten gesammelt haben. Und nun denken wir, daß es uns eine ganz besondere Freude machen müßte, wenn wir euch das alles einmal erleben lassen könnten. Sicher sind wir, daß ihr daran Gefallen finden und abends innerlich reichere heimkehren würdet. Wir meinen nämlich, jung sein und hinausziehen müssen und wandern und singen, das sei ein und dasselbe.

Todeskampf der Freiheit

X.

Matteotti hatte der Regierung und der Kammermehrheit harte Wahrheiten zu sagen und war fest entschlossen, sich bis zu Ende Gehör zu verschaffen. Ohne irgendeine Einleitung ging er sofort auf den Kern der Sache.

Matteotti: „Es ist der Vorschlag gemacht worden, die Wahlen der Mehrheit im Block für gültig zu erklären. Wir treten diesem Vorschlag entgegen...“ Eine Stimme: „Das ist eine Provokation!“

Matteotti: „... denn wenn die Regierungsmajorität auch nominell vier Millionen Stimmen erhalten hat, so wissen wir, daß dieses Resultat durch ungeheuerliche Gewalt erzielt wurde...“

Mehr bedurfte es nicht, um die Rechte völlig außer sich zu bringen. Die Faschisten streckten dem Redner ihre Fäuste entgegen. Aus dem Halbkreis zwischen den Bänken versuchte man sich auf den Wortführer der Sozialisten zu stürzen.

Mussolini saß am Ministertisch mit düsterer Miene, ohne eine Geste, ohne ein Wort der wüsten Szenerie zuschauend.

Matteotti: „Nach einer ausdrücklichen Erklärung des Führers des Faschismus hat die Regierung des Ergebnis der Wahlen von vornherein nicht als für ihr Schicksal entscheidend angesehen. Sie wäre geblieben, auch wenn sie als Minderheit aus den Urnen hervorgegangen wäre...“

Farinacci: „Ihr konntet ja die Revolution machen!“

Starace: „Jawohl, wir haben die Regierung, und wir behalten sie!“

Jetzt brüllt die ganze Rechte gleichzeitig. Eine Stimme klafft: „Wir werden euch durch Schüsse in den Rücken lehren, uns Respekt zu zeigen.“

„Feige Bande“, murmelt einer...

Döllig Herr seiner selbst, läßt Matteotti die Leute sich austoben, ohne sich auch nur die Mühe zu geben, den Zwischenrufern zu antworten.

Matteotti: „Um diese Absicht der Regierung zu stützen, gibt es eine bewaffnete Miliz...“

Stimmen von rechts: „Hoch die Miliz!“

Matteotti: „... die weder im Dienste des Staates steht noch in dem des Landes, sondern im Dienste einer Partei...“

Terruzzi: „Genug, genug!“

Die Rechte klappert mit den Deckeln ihrer Schließfächer. Während mehrerer Minuten gelingt es dem Redner nicht, sich Gehör zu verschaffen.

Matteotti: „Ich werde die Tribüne nicht verlassen, ehe ich nicht alles gesagt habe, was ich sagen will.“

Stimmen von rechts: „Nein, nein, es ist genug!“

Suardo: „Wir gehen weg. Wir lassen uns nicht beleidigen!“ Der Tumult hat seinen Höhepunkt erreicht. Mit gekreuzten Armen wartet Matteotti ruhig und entschlossen, bis er weiterprechen kann.

Matteotti: „In Mexiko vielleicht, wo man die Wahlen mit Bomben macht...“

Der Spektakel fängt von vorne an.

Matteotti: „Ich bitte Mexiko um Entschuldigung wegen des beschimpfenden Vergleichs.“

„Genug! Genug!“ wird von der Rechten gebrüllt. „Werft ihn von der Tribüne!“

Jetzt zählt der Redner die Verbrechen auf: die Unmöglichkeit der Wähler der Opposition, die Unterschriften für die Proklamierung der Kandidaturen zu sammeln; die Unmöglichkeit der Kandidaten, zur Wählerschaft Fühlung zu nehmen; Gewalttaten gegen die Presse.

Zwischenruf: „Angst haben Sie!“

Anderer Zwischenruf: „Fragen Sie Turati, ob er nicht hat reden können.“

Turati: „Ja, zu meiner großen Schande habe ich Ihren Schuß ertragen müssen, um sprechen zu können.“

Von der Linken wird applaudiert; auf der Rechten wird der Spektakel höllisch. Der Präsident benutzt die Gelegenheit, um einem anderen Redner das Wort zu erteilen.

Matteotti: „Das ist ein Skandal. Ich verlange, daß man mein Recht, zu sprechen, schützt.“

Stimme von rechts: „Schweigen Sie! Wir werden Ihnen die Tugend des Schweigens beibringen.“

Matteotti: „Einer der Kandidaten, Piccinini, hat es erfahren, was es in diesem Wahlkampf bedeutete, seiner Partei zu gehorchen. Man hat ihn ermordet, weil er die Kandidatur angenommen hatte. Ich entbiete seinem Andenken den Gruß...“

Eine Stimme: „Sie hätten dieselbe Strafe verdient!“

Eine andere Stimme: „Sie gehören ins Zwangsdomizil, nicht ins Parlament!“

Dem Regierungstisch sagt Mussolini nicht das leiseste Wort, um dem Recht des Redners Achtung zu verschaffen. Er legt seinen Kopf auf die auf dem Tisch gekreuzten Arme und bleibt unbeweglich, undurchdringlich.

Jetzt greift der sozialistische Redner weiter aus. Er ruft das Gefühl der Gerechtigkeit an, über alle Parteimeinungen hinaus.

Matteotti: „Nehmen Sie sich in acht! Die Freiheit zieht Irrtümer nach sich, von denen das Volk sich heilen kann, wie die Geschichte beweist. Die Tyrannei aber führt zum Tode der Nation...“

Das Wüten der Rechten wird stärker. Alle Abgeordneten brüllen gleichzeitig gegen den Wortführer des Proletariats, den die Linke durch ihren Beifall unterstützt. Im Zentrum beobachten die spärlichen Ueberbleibsel der alten politischen Welt, die in der neuen Kammer Sitz haben, unter ihnen Giolitti, diese erste Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Opposition, ohne daran teilzunehmen.

Dagegen nehmen die dem Publikum geöffneten Tribünen lebhaft teil. Man hat sie von der faschistischen Miliz besetzen lassen, und diese begrüßt jede Unterbrechung der Farinacci, Starace, Terruzzi mit Beifallgeheul.

Von dem langen Kraftaufwand ermüdet, gibt Matteotti doch nicht nach. Keine Spur von Demagogie oder Effekthascherei in seiner Rede. Er legt Tatsachen dar, er sagt, was er gesehen hat. Den Beschimpfungen stellt er Dokumente entgegen. Seine Schlußworte sind schlicht und herb.

Matteotti: „Sie wollen das Land zum Absolutismus zurückdrängen. Wir verteidigen die Souveränität des italienischen Volkes, dem wir unseren Gruß entbieten, und für dessen Würde wir eintreten, indem wir fordern, daß man diese Wahlen einer Prüfung in vollem Lichte unterziehe.“

Die Linke erhebt sich von den Sitzen und applaudiert. Von der Rechten wird gerufen:

„Derkauft!“

„Verräter!“

„Provokateur!“

„Und jetzt“, sagt Matteotti lächelnd zu seinen Freunden, „könnt ihr meine Leichenrede vorbereiten.“

Leider, leider war das ein prophetisches Wort.

Die Sitzung wird im Tumult aufgehoben. Faschistische Abgeordnete drängen sich um Mussolini.

Der „Duce“ verbirgt seine schlechte Laune nicht. Seit drei Tagen muß man sich mit der Opposition herumschlagen. Er hatte gehofft, sie zu seinen Füßen zu sehen, reuig, wenn nicht bekehrt. Statt dessen stand sie trotz der Diktatur gegenüber.

Am Tage vorher hatte er einen Kommunisten unterbrochen, um ihm zuzurufen:

„Wir haben in Rußland vortreffliche Lehrer. Sie haben uns gezeigt, daß zwölf Kugeln in den Rücken ein gutes Mittel gegen die unredlichen Gegner sind.“

Heute abend, im Kreise seiner Parteigänger und seiner Ujcheka, sagt er offen: „Wenn ihr keine Feiglinge wäret, würde niemand gewagt haben, eine solche Rede zu halten!“

In der vom Faschismus geschaffenen Atmosphäre bedeuten diese Worte ein Todesurteil.

Und dieses Urteil wird am folgenden Tag in Druck gegeben, indem Mussolini eigenhändig im „Popolo d'Italia“ schreibt, daß die Mehrheit der Rede Matteottis eine übertriebene Duldsamkeit bewiesen hätte...

Seit diesem Zeitpunkt lag das Schicksal des sozialistischen Abgeordneten in den Händen einer Bande, die ihren Sitz im Ministerium des Innern hatte und der es oblag, den Gegnern des Faschismus das Leben unmöglich zu machen.

Da stand ein energischer, tapferer, lauterer Mensch der Diktatur als Gegner gegenüber. Man wußte, daß er jeden Kompromiß ablehnte. Mit der äußersten Entschiedenheit hatte er den Versuch bekämpft, den blutigen Faschismus der Provinz durch den verlogenen Mussolinismus der Hauptstadt zu verdrängen. Er legte für den Faschismus und seinen Führer eine absolute Verachtung an den Tag, in seinen Reden wie in seinen Broschüren. Er erwartete den Sieg nicht von einem Wunder, wohl aber von dem langen Kraftaufwand des Volkes und der sozialistischen Aktion. Er hatte gesprochen, ohne seine Gedanken in die Worte philosophischer Abstraktionen einzuwickeln, hatte eine Kasse eine Kasse und einen Banditen einen Banditen genannt.

Die „Berufsgenossenschaft Nr. 68“

Durch das „Dritte Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 20. Dezember 1928“ und durch eine an dieses Gesetz anschließende Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 17. Mai 1929 ist die Organisation der Träger der Unfallversicherung (Berufsgenossenschaften) in mancherlei Beziehung umgestaltet worden. So erhielt die frühere „Genossenschaft für die Reichsunfall-

versicherung der Fahrzeug- und Reittierhaltungen“ nicht nur eine andere Bezeichnung, ihre Zuständigkeit ist auch erheblich erweitert worden. Der genannte Versicherungsträger heißt jetzt: **Genossenschaft für reichsgesetzliche Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft 68)**. Die Genossenschaft umfaßt die Abteilungen: 1. Fahrzeug- und Reittierhaltungen, 2. Schauspiel- und Vergnügungsbetriebe, 3. Bewachungsbetriebe. Bei allem Einverständnis für Vereinfachung und Zentralisation muß es doch einigermaßen bedauern, daß man drei so verschiedenartige Gewerbebezüge in einem Versicherungsträger zusammengeschlossen hat. Die Genossenschaft gibt jetzt ihren Verwaltungsbericht für die Jahre 1929 und 1930 heraus, dem folgende Zahlen und Angaben entnommen seien: Die Verwaltung der Genossenschaft zerfällt in ihrem Mitgliederkreis in drei Teile (Abteilungen). Jede Abteilung hat nach der neueren im Dezember 1929 genehmigten Satzung einen im Frühjahr 1930 neu zusammengesetzten Vorstand. Nach dem Bericht wurde bei der Aufstellung der Vorstandsmitglieder neben Verständnis und Interesse für die Berufsgenossenschaft Wert darauf gelegt, daß sie einen maßgebenden Einfluß auf die Unternehmer bzw. ihre Verbände ausüben. So sind die gewählten Vorstandsmitglieder meist gleichzeitig in den Vorständen ihrer Arbeitgeberorganisationen an führender Stelle beteiligt. Nach den Angaben der Genossenschaft hat sich dieses System sehr gut bewährt. Der Bericht enthält weiter eingehende Angaben über die Verwaltung, auf die hier jedoch nicht eingegangen werden soll. In der Abteilung I (Fahrzeug- und Reittierhaltungen) waren im Jahre 1929 über 38 000 Betriebe mit über 50 000 versicherten Personen gemeldet. Im Jahre 1930 trat hier ein Rückgang ein, da rund 4000 Arbeitgeber an die neue Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege abgegeben worden sind. Es handelt sich hier um Aerzte, Krankenhäuser usw. Weitere 450 Betriebe mußten zu den gleichfalls neu errichteten Gemeindeunfallversicherungsverbänden übertreten. Weiter heißt es in dem Bericht wörtlich: „Im übrigen machen sich die heutigen Wirtschaftsnöte natürlich auch im Mitgliederstand der Genossenschaft bemerkbar. Bei zwar sich stetig weiter vermehrender Zahl der Personenkraftwagenhaltungen wird der Prozentsatz der dabei beschäftigten versicherten Personen (als Kraftwagenführer oder Wagenpfleger) allmählich immer geringer.“ Trotzdem ist im Durchschnitt der Zugang neuer Arbeitgeber im Jahre 1930 monatlich nie unter 485 gewesen. Bei

90 Proz. der versicherten 38 000 Betriebe handelt es sich um Kraftwagenhaltungen. Der Rest verteilt sich auf 1700 Pferdefuhrwerkshaltungen, 1100 Reittierhaltungen, 560 Wasserfahrzeughaltungen und 100 Luftfahrzeughaltungen. Nicht geringe Schwierigkeiten bestehen bei der Ermittlung von solchen Fahrzeughaltungen, die noch nicht bei der Genossenschaft gemeldet sind. Die Abteilung I hatte im Jahre 1930 eine Einnahme von etwa 1 600 000 Mk. An Ausgaben waren etwa 1 400 000 Mk. zu verzeichnen, zu denen noch 420 000 Mk. Verwaltungskosten kommen. Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug etwa 2000, von denen 475 zu einer Entschädigung führten. Die Gesamtzahl der am Jahres-schluß 1930 laufenden Fälle betrug etwa 100. — Die Abteilung II umfaßt, wie bereits erwähnt, Schauspiel- und Vergnügungsbetriebe. Da es sich bei der Versicherung derartiger Betriebe um Neuland handelte, entstanden eine ganze Reihe Streitfälle über Versicherungspflicht, Zuständigkeit usw. Es sind hierzu eine ganze Anzahl Entscheidungen des Reichsversicherungsamts ergangen, auf die hier jedoch nicht näher eingegangen werden kann. Versicherte Betriebe wurden am 1. Oktober 1930 insgesamt 6200 gezählt. In diesen waren 58 000 Personen beschäftigt. An Leistungen und sonstigen Aufwendungen entstanden etwa 810 000 Mk. Ausgaben. Die Verwaltung verursachte 117 000 Mk. Kosten. Unfälle wurden 2000 gemeldet, von denen etwa 550 zu einer Entschädigung führten. Insgesamt liefen am Schluß des Jahres 1930 etwa 220 Entschädigungsfälle. — Die dritte Abteilung umfaßt Bewachungsbetriebe. Auch die gesetzliche Unfallversicherung derartiger Betriebe ist erst neu geschaffen worden. Bis dahin bestanden in einigen Ländern Dorfschriften, daß derartige Betriebe bei Privatgesellschaften Unfallversicherungen abschließen müssen. Dies führte dazu, daß bei Eintritt der Neuerung viele dieser Betriebe doppelt versichert waren. Es wurde deshalb in 135 Fällen von den Ueberversicherungen betrieben angeregt, die laufenden Privatunfallversicherungsverträge zu übernehmen, um den Arbeitgebern doppelte Beitragsleistungen zu ersparen. In 40 Proz. dieser Fälle konnte eine Uebernahme der Verträge entprochen werden. — In die-

Gewerkschaftler Augen auf! Hitlers Vorbild!

„Wir haben ja ein Vorbild, das wir ohne weiteres annehmen können, den Faschismus!“ erklärte Adolf Hitler am 22. Mai 1930. (Otto Straßer: Ministersessel oder Revolution S. 26/27).

20 Tage Arbeit ohne Lohn!

Um die Filzhutfabrik Berli — AG. in Poghera-Pavia (Lombardei) vor dem Zusammenbruch und damit die Aktionäre vor finanziellem Schaden zu bewahren, mußten die Arbeiter und Beamten „freiwillig“ 20 Tage ohne einen Pfennig Lohn arbeiten.

Im März 1919 hat der Faschismus versprochen: Beteiligung der arbeitenden Gesamtheit an den Betrieben, Uebergabe der Verwaltung von Industrie und Verkehr an die Gewerkschaften — kein Wort des Versprechens wurde gehalten!

Faschismus bricht alle Versprechungen!

In Nr. 13 der „Gewerkschaft“ berichteten wir über eine Darlegung des nationalsozialistischen „Hamburger Tageblatt“ vom 9. Januar 1931: „Wir (Nationalsozialisten) erklären uns gegen jeden Lohnabbau, der unter dem heutigen System eingeführt wird.“ Durch ein technisches Versehen sind die abschließenden Anführungszeichen von dieser Stelle hinter den darauffolgenden Satz gerückt. Der Satz ging aber im Original noch weiter und lautete (wie die Redaktion des „Hamburger Tageblatt“ uns überflüssigerweise noch berichtend mitteilt) so:

„Wir erklären uns gegen jeden Lohnabbau, der unter dem heutigen System durchgeführt wird und der nicht zur Belebung der Wirtschaft, sondern nur zur Bezahlung der Feindtribute dienen würde.“

Durch die von uns hervorgehobenen Stellen kann man sehr wohl zu der Auffassung kommen, daß die Nazis im „Dritten Reich“ den Lohnabbau um so gründlicher vornehmen werden, denn jeder Unternehmernecht fordert Lohnabbau angeblich nur „zur Belebung der Wirtschaft“. Und Adolf Hitler hat am 4. Oktober 1930 ausdrücklich erklärt, daß die Nazis „peinlich alle übernommenen Verpflichtungen (gemeint sind die „Feindtribute“) erfüllen“ würden. Unser Kommentar, der durch ein technisches Versehen in die Anführungszeichen einbezogen wurde, traf den wahren Sinn: die Nationalsozialisten bauen die Löhne erst im Dritten Reich ab und dafür dann um so gründlicher.

Frick und Franzen bauten die Löhne ab!

Nazi-Frick zwang am 23. Dezember 1930 die thüringischen Gemeinden, ihren Arbeitern und Angestellten die Löhne zu kürzen; zu Nazi-Franzens ersten Taten gehört der siebenprozentige Lohnabbau der Braunschweiger Theaterarbeiter.

Deshalb Kollegen: Die Augen auf!

**Achtet auf die Taten der Nazis —
gebt ihnen die richtige Antwort:
Naziherrschaft bedeutet Lohnabbau**

sem Jahre werden „Sonderunfallverhütungsvorschriften für Bewachungsbetriebe“ erlassen werden. Dorkünftig sind die wichtigsten Bestimmungen in einem Merkblatt zusammengefaßt. Ebenso sind „Sonderunfallverhütungsvorschriften für Fahrzeug-, Zug- und Reittierhaltungen und für Ausbesserungswerkstätten für Kraftfahrzeuge“ aufgestellt und beschlossen worden. Die Genehmigung derselben stand jedoch bei Drucklegung des Berichts noch aus. Auch für die übrigen Berufszweige, die in der Genossenschaft versichert sind, sind besondere Unfallverhütungsvorschriften in Vorbereitung bzw. bereits erlassen.

Kf—s.

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

„Nieder mit dem Marxismus!“

Es hat von jeher in der Politik Zeiten gegeben, in der durch den Gebrauch irgendeines Schlagwortes die Möglichkeit bestand, größere Menschenmassen mobil zu machen und diese durch den andauernden Gebrauch eines zugkräftigen Schlagwortes von Dingen abzulenken, die eigentlich die größte Aufmerksamkeit verdienen. Die sogenannte „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“, die kürzlich ein Redner in einer Versammlung als Nationalsozialistische Deutsche Automobilpartei bezeichnete, weil bei einer ihrer Kundgebungen hier im Westen nicht weniger wie 650 Automobile gezählt wurden, ist es, die dieses Schlagwort „Nieder mit dem Marxismus“ immer und immer wieder in die Hirne der Massen hämmert, und damit auch bei einer gewissen Menschensicht Erfolge erzielt. Was hat es denn nun für ein Bewenden mit dem Marxismus? Viele haben vielleicht einmal auf einer Postkarte, die anlässlich einer Maikundgebung verkauft wurde, Karl Marx gesehen. Der eine oder andere auch schon eine Büste von ihm. Das ist vielfach alles, was der eine oder andere von Karl Marx weiß. Den politischen Demagogen der NSDAP. ist die Unkenntnis vom Marxismus sehr willkommen. Sie benutzen sie, um die schwer um ihre Existenz ringende Menschheit aufzuheizen gegen die freien Gewerkschaften und ihre politischen Vertreter in den Parlamenten, weil diese sich die Lehre von Karl Marx zu eigen machen und eine Umwandlung der heute bestehenden Wirtschaftsordnung als ihr höchstes Ziel ansehen. Karl Marx hat in seinem Werk „Das Kapital“ eine wissenschaftliche Untersuchung des Kapitalismus angestellt und ist auf Grund der Feststellungen, die er bei seinen Forschungen gemacht hat, zu dem Ergebnis gekommen, daß der Kapitalismus, das heißt die kapitalistische Wirtschaftsordnung ein Fluch für die Menschheit bedeutet, die einer besseren Platz machen müsse. Marx geht bei seinen Untersuchungen von folgendem Standpunkt aus: Der Kapitalist läßt sich bei seinen Maßnahmen, die er ergreift, nur von dem Grundsatz leiten, wie und wo kann ich eine möglichst hohe Profitrate herauswirtschaften. Nützlichkeit oder Zweckmäßigkeit sind von untergeordneter Bedeutung. Und weil sein ganzes Sinnen und Trachten nur auf Profit gestellt ist, ist der Arbeiter in seinem Betrieb nur ein Objekt der Ausbeutung. Diese Ausbeutung hat aber auf Grund der Ermüdungserscheinung, die beim Menschen nach einer gewissen Arbeitsleistung eintritt, eine Grenze. Als nun aber die Maschine auf den Plan tritt, also gewissermaßen die Konkurrentin des Menschen, ändert sich auch hier vieles. Die Maschine ist zwar in ihren Anfängen noch primitiv. Aber die fortwährenden Verbesserungen und Erfindungen machen sie immer besser und verdrängen den bisherigen Produzenten „Mensch“ immer mehr. In einzelnen Produktionszweigen ist es schon so weit gekommen, daß ein Arbeiter genau soviel leistet wie 36 vor 75 Jahren. Nun sind zwar die Lebensansprüche der Arbeiter gegen früher gestiegen, aber sie haben nicht Schritt gehalten mit dem Fortschritt in der Entwicklung der Technik. Der eigentliche Nutznießer ist der Kapitalist, der öfters überhaupt nicht einmal Besitzer dieser Arbeitsstätten ist, sie vielleicht nie im Leben zu sehen bekommt, aber im glücklichen Besitz von Aktien dieses oder jenes Werkes ist. Der Arbeiter aber, der nun sieht, wie die Maschine ihn immer mehr aus den Produktionsstätten verdrängt, gerät in Verzweiflung. Er kann, da er nicht genug geschult ist, sich keine weiteren Schlussfolgerungen aus dieser Entwicklung machen. Er ist nun ein willfähiges Geschöpf gewissenloser Agitatoren. Karl Marx aber, der erbarmungslos die kapitalistische Wirtschaftsordnung entlarvt, zeigt der Arbeiterschaft den Weg aus dieser Misere. Die freien Gewerkschaften und ihre politischen Vertreter in den Parlamenten sind die Pioniere, welche Bausteine um Bausteine zusammenzutragen, um etwas Neues, Besseres zu erschaffen. Da diese Bewegung sich immer mehr und mehr ausbreitet und in zähem Ringen für die Arbeiterschaft Position um Position erobert, ist dieses den Kapitalisten Grund genug, um sie mit allen Mitteln zu bekämpfen. Weil aber die Zahl der Arbeiterklasse die größere ist, sucht der Kapitalist Sakaien, die für klingenden Lohn sich bereit finden, die Ausgebeuteten zu verwirren und ihren Zusammenhalt zu sprengen. Das war ihnen lange nicht gelungen. Aber wie es den Anschein hat, haben sie das Mittel gefunden in Gestalt der Nazis. „Nieder mit dem Marxismus!“, schreien sie, um von der Wirklichkeit abzulenken. Die gewerkschaftlich und politisch gelagerte Arbeiterschaft aber läßt sich nicht durch diese kapitalistischen Henkersknechte beirren. Sie geht mit eisernem Willen

vorwärts, immer sich erinnernd an Karl Marx, welcher bereits im vorigen Jahrhundert aufgezeigt hat, wie die kapitalistische Wirtschaftsordnung zwangsläufig ihren Weg des Untergangs gehen wird, und daß die Arbeiterschaft einst an deren Stelle den Sozialismus sehen wird. Darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in unermüdbar zähem Ringen für unser Ideal zu kämpfen, nicht eines persönlichen Vorteils wegen, sondern als Glied einer Klasse, die empor will aus tiefer Not zu einem besseren Dasein.

Hermann Spann, Essen.

Die Rationalisierung

Nichts ist wohl in den Tageszeitungen so viel erörtert worden, wie die Notwendigkeit der Rationalisierung der deutschen Wirtschaft. Niemals aber hat es in der deutschen Wirtschaft auch so viele Arbeitslose gegeben, wie nach der Rationalisierung. Und nichts wird jemals den Betriebsleiter oder Direktor eines industriellen Werkes mehr befeelt haben als die Möglichkeit, von seinem Betriebe behaupten zu können, den wirtschaftlichsten Produktionsprozeß geschaffen zu haben. Und so bedeutet das Wort „Rationalisierung“ für den einen Arbeitsmöglicherweise seines Erstfindergeistes, und für den andern Arbeitslosigkeit, Not und Elend. Wir können nicht an der Tatsache vorübergehen, daß in Deutschland 5 Millionen arbeitsfähige Kräfte nicht eingereicht sind in den Wirtschaftsprozess. Kann man angesichts dieser Tatsache von einer wirklich durchgeführten Rationalisierung sprechen? Von einer Rationalisierung, die sich aller verfügbaren Kräfte bedienen soll, die eingeführt werden sollte zur Besserstellung der Lebenshaltung des deutschen Volkes, zur Eroberung der Märkte, einschließlich des wichtigsten, des Inlandsmarktes. Wie soll das möglich sein, wenn gleichzeitig, eben durch die Rationalisierung, viele Millionen Menschen auch als Käufer ausgeschaltet werden. Ausgeschaltet viele Millionen nicht nur in Deutschland, sondern in allen Industrieländern der Welt. Ja, die immer lauter werdenden Klagen der Landwirtschaft scheinen das Kommen einer Krise anzudeuten, deren Gefundung wohl zwei Jahrzehnte erfordert. Denn ganz besonders der Bauer erhält für seine Erzeugnisse nur noch einen sehr dürftigen Lohn. Und so müssen wir feststellen, daß nach der Rationalisierung, an deren Wiege der Kanonendonner des Weltkrieges Pate gestanden hat, „Not herrscht in Stadt und Land“.

Zur Gewinnung einer Kilowattstunde brauchen wir nur noch die halbe Kohlenmenge der Vorkriegszeit. Heute schaffen wir Öl aus Kohle, Zucker aus Holz. Die Arbeitsmaschinen sind Wunderwerke der Technik geworden. Die Erträge des Bodens sind gesteigert. Radio und Flugzeug entwickeln sich in ungeahntem Tempo. Gleichzeitig sind große Umwälzungen des Arbeitsvollzugs, die wissenschaftliche Betriebsführung, das laufende Band, eingeführt. Und das Resultat? Die deutschen Betriebe sind rationalisiert, aber sie stehen zum großen Teile still.

Still stehen sie, weil eben die vielen Millionen auch als Käufer ausgeschaltet und die im Arbeitsprozeß noch Stehenden ungenügend entlohnt werden. Somit können also die in der rationalisierten Wirtschaft erzeugten Güter nicht gekauft werden, trotzdem der Bedarf riesengroß ist, und — „die Welt von Gütern strotzt“.

Was hat diese „Wirtschaft“ in Anbetracht der wunderbaren Entwicklung der Technik und der Millionen von Arbeitskräften, die müßig gehen müssen, noch mit einer rationalen Wirtschaft gemein? Ein Besuch des Reichswirtschaftsmuseums zu Düsseldorf lehrt uns darüber leider auch nichts. Dort zeigt man dem Besucher vieles, nicht aber die Möglichkeit, ja selbst nicht einmal die Voraussetzungen, die nötig sind zur Wiederankurbelung der Wirtschaft. Daß man aber darüber hinausgeht und die im Gefolge der Rationalisierung eingetretene Arbeitslosigkeit verschweigt, muß jedem im rationalisierten Betrieb zu denken geben, um so mehr, da wir als Organisierte doch danach streben, durch Aufrüttelung der noch müßig beiseite stehenden Indifferenten nicht nur Mitglieder zu gewinnen, sondern auch danach trachten, voll und ganz mitzuarbeiten an der Wiederankurbelung der deutschen Wirtschaft. Denn nur dann, wenn jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte sich mit seiner ganzen Persönlichkeit für eine wirkliche rationale Wirtschaft einsetzt, ist es möglich, daß die irrationale Wirtschaftsführung des Kapitalismus beseitigt wird. Fester Zusammenschluß aller Arbeitnehmer in Gewerkschaft und Partei ist notwendig, um zu diesem Ziele zu kommen.

G. Schlotz, Düsseldorf.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Die S. A. zum 1. Mai! An die Arbeiter aller Länder! Das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Zürich erläßt folgenden Aufruf: Entschlossenere denn je wird das internationale Proletariat in der furchtbaren Krise, die den Kapitalismus in seinen Grundlagen erschüttert, am 1. Mai für seine Zukunftshoffnungen und seine unmittelbaren Forderungen demonstrieren. Niemals zuvor hat der Kapitalismus so sehr seine Unfähigkeit bewiesen, auch nur das nackte Leben der Arbeitermassen zu sichern. Niemals zuvor gab es so riesige Massen von Arbeitslosen, von Hungernden und Verzweifelnden. Niemals zuvor ist die Notwendigkeit der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, der Aufrichtung des Sozialismus so eindringlich zutage getreten. Mit unerbittlicher Schamlosigkeit versucht das Unternehmertum, das Elend der Krise zu Lohnherabsetzungen auszunutzen und damit die Krise, in der sich das Mißverhältnis zwischen dem gewaltig gewachsenen Produktionsapparat und der weit dahinter zurückbleibenden Konsumkraft der Massen ausdrückt, noch zu verschärfen. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Internationale Gewerkschaftsbund haben gemeinsam die Wege gewiesen, auf denen wenigstens eine Einberung der furchtbaren Massennot erreicht werden kann. Sie fordern die unverzügliche Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung, die überall von den Unternehmern angegriffen wird, und ihre Einführung in jenen Ländern, die bisher die Opfer der kapitalistischen Krise ihrem Schicksal überlassen. Sie fordern den Abbau der Hochschulgölle, die den Weltmarkt desorganisieren und die Arbeitslosigkeit steigern. Sie fordern vor allem die Ratifizierung der Washingtoner Achtstundentagskonvention und darüber hinaus eine Verkürzung der Arbeitszeit, die diese dem technischen Fortschritt anpaßt. Am 1. Mai werden die Arbeiter aller Länder demonstrieren: Gegen den Lohnraub! Gegen den Abbau der Arbeitslosenunterstützung! Für die Hebung der Konsumkraft der Massen! Für ausreichenden Lebensunterhalt der Opfer des Kapitalismus! Für den Abbau der Schulschulden! Für die Fünftageswoche! Arbeiter, Sozialisten! Die seit zehn Jahren erwartete Abrüstungskonferenz ist endlich für den Februar 1932 einberufen. Sie wird zu entscheidenden haben zwischen Krieg und Frieden; zwischen der Gleichheit in der Abrüstung, die allen Sicherheit bietet, und dem Wettrennen, das Milliarden verschwendet und neue Katastrophen vorbereitet hieße. Von dem Kampfwillen der Arbeitermassen, von dem Druck, den sie auf ihre Regierungen ausüben, um sie zur Erfüllung ihrer Abrüstungsverpflichtungen zu zwingen, hängt das Schicksal der Abrüstungskonferenz in hohem Maße ab. Untrennbar verbunden mit dieser Aufgabe ist der Abwehrkampf gegen den Faschismus, der nun in der heuchlerischen Maske des Friedensfreundes und des Vorkämpfers der Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen seine Fäulnis spinnst. Die britische Arbeiterregierung hat bewiesen, daß die Macht des Sozialismus in der Welt die einzige Hoffnung auf die Überwindung des militarischen Wahnsinns darstellt. Dank ihren Bemühungen ist ein erster Schritt auf dem Wege zur Abrüstung getan worden. Von der Arbeiterklasse hängt es in erster Linie ab, daß weitere folgen. Am 1. Mai werden die Arbeiter aller Länder demonstrieren: Gegen den Militarismus! Gegen das Weintrinken! Gegen den Krieg! Für die Abrüstung! Für den Frieden! Im Kampf gegen den Faschismus und für die Demokratie werden sie ihre Solidarität bekunden mit den Sozialisten Italiens, Polens und der anderen Länder der Diktatur, mit der österreichischen und der deutschen Sozialdemokratie, die an der Spitze des schweren Kampfes um die Republik und den Frieden stehen. Am 1. Mai werden die Arbeiter aller Länder demonstrieren: Gegen den Faschismus! Gegen die Reaktion! Für die Demokratie! Für die Einigkeit des Proletariats! Für die weltumspannende Internationale! Arbeiter, Sozialisten! Am 26. Juli werden in Wien die Vertreter der sozialistischen Parteien aller Länder zum Internationalen Sozialistenkongress zusammenkommen. Sie werden den strategischen Plan des Kampfes um die Abrüstung, die Forderungen der Arbeiterklasse zur Änderung der Wirtschaftskrise und des von ihr geschaffenen Elends ansprechen und die großen Probleme des Kampfes der Arbeiterklasse und der Verteidigung der Demokratie behandeln. Der Kongress wird die erste Entschlossenheit der Arbeiter aller Länder bekunden, in internationaler Solidarität die Entscheidungen zu treffen, die die Stunde und die Mission des Sozialismus erheischen. Die Lösungen, die von dem Kongress ausgehen werden, werden getragen sein von dem gleichen Geist, von der gleichen Begeisterung, die unsere Massendemonstrationen erfüllen: Gegen die kapitalistische Ausbeutung! Für die sozialistische Gesellschaftsordnung!

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Republik Spanien. Am 12. April brachten die städtischen Gemeindevorstände in Spanien fast durchgängig starke republikanische Mehrheiten. Nach einigem Sträuben hat dann am 14. April König Alfons XIII. die Krone niedergelegt und ist außer Landes gegangen. In der neu gebildeten republikanischen Regierung sitzen auch drei Sozialisten: Caballero als Arbeitsminister, Visher Vorsitzender des spanischen Gewerkschaftsbundes; Fernando de los Rios, Unterrichtsminister; Prieto, Finanzminister.

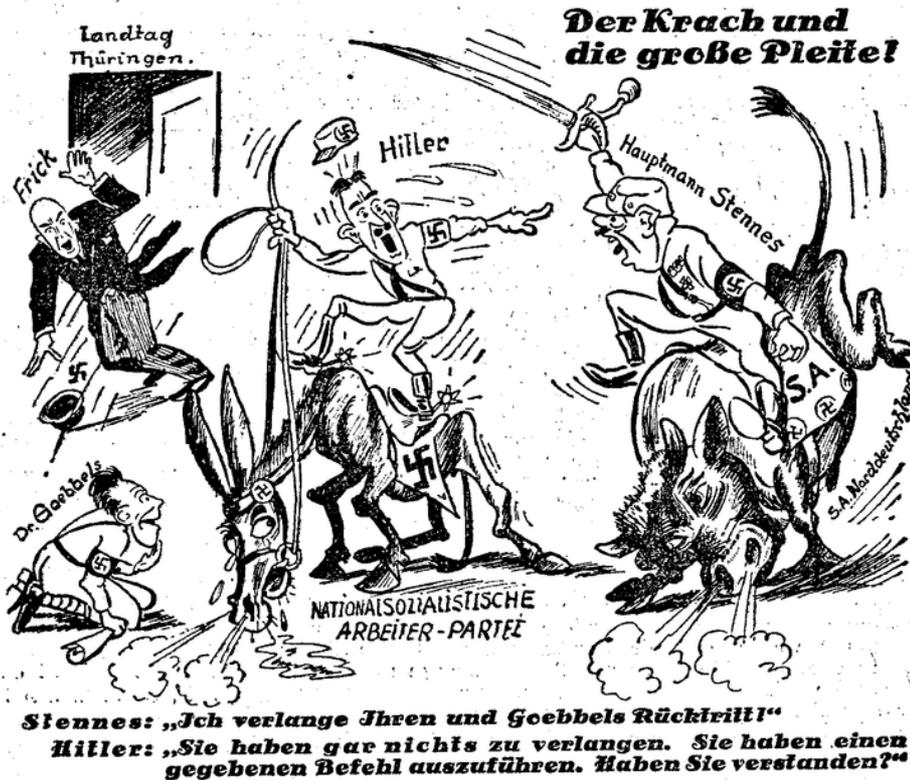
Industriespionage für Rußland soll bei den IG Farben in Ludwigshafen entdeckt worden sein. Als schuldig werden die IGDF-Führer Dienstädt und Steffen bezichtigt.

Magistratswahl in Berlin. Durch die Amtsenthebung des früheren Oberbürgermeisters Böh und des Kammerers Lange sowie durch die am 31. März 1931 in Kraft getretene Novelle zum Berlin-Gesetz war eine teiltweilige Neuwahl des Magistrats notwendig. In der Stadtverordnetenversammlung am 14. April wurden mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Staatspartei, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Wirtschaftspartei gewählt zum Oberbürgermeister: Dr. Heinrich Sahm (DVP), bisher Senatspräsident in Danzig, zu Bürgermeister Dr. Lange (SPD), bisher Stadthauptmann und stellvertretender Kammerer in Berlin, und Dr. Elsas (Staatspartei), bisher Vizepräsident des Deutschen Städtetags, und zum Kammerer Dr. Bruno Tisch (SPD), bisher Kammerer in Frankfurt a. M. Als unbesoldete Stadträte wurden wiedergewählt die Sozialdemokraten Ahrens und Ortman (letzterer Vizepräsident des Gesamtverbandes für Berlin); außerdem wurden gewählt Fursch (DVP), Kinscher (Wirtschaftspartei), Lingweiler (Dnat.) und Lange (Komm.) Letzterer wurde vom Oberpräsidenten für Berlin und Brandenburg nicht bestätigt.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten betrug im Monat März 1931 137,7 gegen 133,8 im Monat Februar.

Aus unserer Bewegung

Dresden. Die Zahl der Altersmitglieder nimmt im Gesamtverband einen immer größeren Umfang an. In Dresden sind es schon einige Hundert. Unter ihnen befinden sich eine große Zahl Jubilare, die mit Stolz die Silbermedaille des Gesamtverbandes tragen. Die Ortsverwaltung Dresden kam zu der Einsicht, daß auch für die Invaliden, Pensionäre, Ruhegeldempfänger usw. ein gewisser Lebensraum in der Organisation geschaffen werden mußte. Es wurde deshalb beschlossen, auch die Ruheständler in einer besonderen Gruppe zusammenzufassen. Für den 3. März 1931 erging erstmalig an die Altersmitglieder die Einladung zu einer Zusammenkunft im großen Saal des Volkshauses. Kollege Kurpat hielt ein Referat, das von musikalischen Darbietungen des Weber-Quartetts umrahmt wurde. Kollege Kirchoff gab der ganzen Veranstaltung durch Vortrag einiger Tendenzgedichte eine besondere



Stennes: „Ich verlange Ihren und Goebbels Rücktritt!“
 Hitler: „Sie haben gar nichts zu verlangen. Sie haben einen gegebenen Befehl auszuführen. Haben Sie verstanden?“

Würze. Es waren so viel Altersmitglieder der Einladung gefolgt, daß der Raum kaum ausreichte. In dieser Zusammenkunft wurde eine Gruppenleitung der Altersmitglieder gewählt, die inzwischen bereits Einladungen zu nunmehr monatlich stattfindenden Versammlungen und Zusammenkünften ergehen ließ. Am 13. April 1931 sprach ein Sachverständiger über die Invalidenversicherung. Dem Vortrage schloß sich eine überaus rege Fragestellung und Beantwortung an. Wiederum waren viele hundert Altersmitglieder der Einladung gefolgt. In dieser Versammlung wurde beschlossen, während des Sommerhalbjahres Zusammenkünfte in schön gelegenen Gartenlokalen außerhalb der Stadt an Stelle von Versammlungen stattfinden zu lassen. Der Gruppenvorstand soll ein Programm ausarbeiten. Es war erfreulich, festzustellen, mit welchem regen Eifer und mit welcher Hingabe auch die Altersmitglieder der Bewegung zu dienen die Absicht haben.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Verschmelzung des Verbandes der Dachdecker mit dem Deutschen Bauergewerksbund. Am 7. April hielt der Zentralverband der Dachdecker Deutschlands im Schulheim des Deutschen Bauergewerksbundes am Werlsee bei Berlin seinen 17. Verbandstag ab. Nach Referaten des Vorsitzenden Thomas und des Vorsitzenden des Bauergewerksbundes Bernhard wurde mit 31 gegen 1 Stimme die Verschmelzung des Dachdecker-Verbandes mit dem Deutschen Bauergewerksbund beschlossen. Genosse Bernhard führte dabei in bezug auf unsern Verband folgendes aus:

Ob eine Organisation eine halbe Million Mitglieder zählt oder zehntausend oder hunderttausend, ist doch zweierlei, wenn man zu Verhandlungen mit den Unternehmern oder mit Behördenvertretern geht. Ich sehe das z. B. heute am Gewerkschaftsverband. Ich finde täglich aus Notizen in der Presse, bei Besprechungen im Arbeitsministerium und sonstwo, daß diese große Organisation sich einen Resonanzboden geschaffen hat, der ganz außerordentlich ist. Man hört auf sie ganz anders als auf eine Gewerkschaft, die nur eine einzelne Berufsgruppe vertritt. Schon das sollte uns veranlassen, die Zusammenschlußbestrebungen aller Bauarbeiter ernsthafter zu betreiben als bisher.

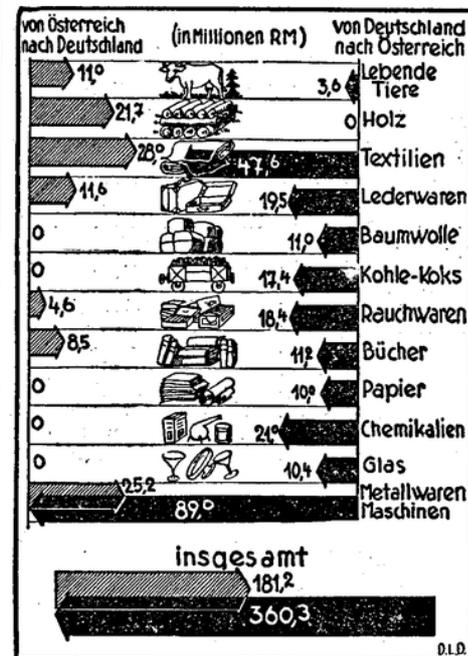
Die Verschmelzung soll am 1. Juli 1931 erfolgen. Die Dachdecker werden dann innerhalb des Bauergewerksbundes eine Reichsfachgruppe in einer Stärke von 10 500 Mitgliedern bilden. Die „Dachdecker-Zeitung“ geht ein und der „Grundstein“ übernimmt dann auch die journalistische und publizistische Interessenvertretung der Dachdecker.

Internationale Rundschau

Die Genossenschaftsbewegung im faschistischen Italien. Während sich die nationalsozialistische Presse Deutschlands mit Schmähartikeln über die Konsumgenossenschaften erhitzt und ihnen ebenso die Zertrümmerung angesagt hat, wie den Gewerkschaften, wenn das „Dritte Reich“ gekommen sein werde, macht die italienische Genossenschaftsbewegung, wie Prof. Totomanz in einer interessanten informatorischen Skizze in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ mitteilt, lebhaft Fortschritte unter dem faschistischen Regime. Als Parallele mag nebenbei bemerkt sein, daß auch das unter bolschewistischem Regime stehende russische Genossenschaftswesen einen großen Anteil an der Wirtschaft seines Landes besitzt, allerdings der staatlichen Bürokratie ausgeliefert ist, was vom italienischen nicht gesagt werden kann. Hier greifen erst die Staatskommissare ein, wenn Sanierungen erforderlich sind. Aus der soeben gezogenen Parallele geht jedenfalls ganz zweifelsfrei hervor, daß selbst in Ländern, die in gegensätzlichen Diktaturen betroffen sind, wie Italien und Rußland, die Genossenschaften und erst recht die der Verbraucher als unentbehrlicher Bestandteil der Volkswirtschaft erhalten bleiben, ja sogar gefördert werden. Und wenn die deutschen Faschisten für ihr italienisches Vorbild schwärmen, so werden sie nicht übersehen können, daß ihre Hetze gegen die Konsumgenossenschaften, die ausgerottet werden sollen, einfach an der Macht ökonomischer Tatsachen scheitern wird. Was Mussolini überhaupt zu anfänglichen terroristischen Maßnahmen gegen die Konsumgenossenschaften veranlaßt haben mag, scheint zum Teil ihr politischer Charakter gewesen zu sein — es gab sozialistische, katholische, liberale und andere Konsumvereine! —, zum größten Teil aber der Umstand, „verdiente“ faschistische „Bonzen“ in warmen Betten unterzubringen. Heute bemühen sich sogar die großen italienischen Tageszeitungen in Rom, Mailand, Turin usw. in Leitartikeln für die gesamte Genossenschaftsbewegung zu werben, insbesondere nachdem erkannt und festgestellt wurde, daß die Konsumgenossenschaften durch ihre regulierende Tätigkeit einen Preisabbau von mindestens 10 Proz. im Privathandel herbeiführten. Der Nationalverband der italienischen Genossenschaften (Sitz in Rom) zählt 8391 Organisationen mit rund 2 Millionen Mitgliederfamilien. Davon sind 3333 Konsumgenossenschaften mit 827 000 Mitglieder-

familien und einem Jahresumsatz von rund 1500 Millionen Lire (etwa 330 Millionen Mark). Darunter befinden sich sehr große Organisationen, wie der schon in Vorkriegszeit weltbekannte Arbeiterkonsumverein von Triest, Istrien und Friaul, der rund 40 000 Mitgliederfamilien zählt mit einem Jahresumsatz von rund 62 Millionen Lire (rund 13½ Millionen Mark). Da der Verein eine große Schlächterei besitzt, so ersparen die Mitglieder allein beim Fleischeinkauf jährlich 6,5 Millionen Lire (etwa 1½ Millionen Mark). Die Turiner Konsumgenossenschaft zählt 30 000 Mitgliederfamilien mit einem Jahresumsatz von 93 Millionen Lire (etwa 19 Millionen Mark). Im Besitz der Konsumgenossenschaft befinden sich eine eigene Mühle, Bäckerei, Wurstfabrik, Kaffeerösterei, Eisfabrik und ein chemisches Laboratorium. Sie schickt jährlich 700 Kinder ihrer Mitglieder in kostenlose Ferienaufenthalte ans Meer und auf die Berge. Besonders erwähnenswert ist noch ein in der Provinz Toskana befindlicher größter ländlicher Konsumverein, der in verschiedenen Dörfern zusammen 10 000 Mitgliederfamilien zählt und in 55 Verteilungsstellen einen Jahresumsatz von 23 Millionen Lire (etwa 5 Millionen Mark) erzielt. Wenn man daneben stellt die Hetze der deutschen Mittelstandspolitiker, Bauernbündler und Nationalsozialisten unter dem Landvolk gegen die Konsumgenossenschaften, dann fängt man an sich zu — schämen. Für die anderen natürlich. Der große Mailänder Konsumverein (Unione Cooperativa), der in Vorkriegszeiten als Vorbild des italienischen Konsumvereinswesens in der ganzen Welt bekannt war, scheint in große Schwierigkeiten geraten zu sein, deren Ursachen nicht genau erkennbar sind. Neben den Konsumgenossenschaften, Landarbeiter- und Kreditgenossenschaften spielen auch die Baugenossenschaften in der Zahl von 494 mit rund 50 000 Mitgliedern eine große Rolle in der Bauwirtschaft Italiens. Der Wert der von ihnen erstellten Häuser beläuft sich bis heute auf rund 1200 Millionen Lire (etwa 250 Millionen Mark). Im ganzen zählt das faschistische Italien 13 000 Genossenschaften mit rund 3 Millionen Mitgliedern, die aber ihre Duldung nicht dem staatspolitischen System, sondern ganz einfach der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit verdanken.

RUNDSCHAU



Zur Zollunion Deutschlands mit Oesterreich. Um die Verbindung zwischen Deutschland und Oesterreich enger zu gestalten, wird in letzter Zeit von Wirtschaftskreisen in beiden Ländern eine Zollunion angestrebt. Deutschland führt heute nach Oesterreich die doppelte Menge Waren aus als Oesterreich nach Deutschland. Viele Industriezweige sind durch Konzerne und Kartelle über die Grenze hinweg miteinander verbunden, und durch die Zollunion würde sicherlich der Verkehr zwischen den beiden Ländern noch wesentlich enger gestaltet werden können.

beiden Ländern noch wesentlich enger gestaltet werden können.

BRIEFKASTEN

Zur gefl. Beachtung! Nr. 18 der „Gewerkschaft“ erscheint als Mai-Nummer besonders festlich und agitatorisch ausgestaltet. Sie enthält u. a. Artikel von Oswald Schumann, Fritz Müntner, Anton Reizner, Emil Dittmer, Otto Weinauge, Karola Wedl, Kaver Kamrowski usw. Bestellungen auf Mehrexemplare zur Agitation erbitten wir sofort an die Expedition der „Gewerkschaft“, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz
 Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO 36, Schloßstraße 42